

Die "Vollmacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren Nr. 7745.

Vollmacht

Inserionsgebühr beträgt für die einseitige Beilage ober deren Raum 20 Pfennige, für Beilage nach Veranlassung-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 244.

Dienstag, den 18. Oktober 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

„Wie die Regierung in Preußen Wahlen macht“

— so lautet der Titel eines Aufsatzes, den H. v. Gerlach in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ veröffentlicht. Der Verfasser kann als ein guter Kenner der Verhältnisse gelten, von denen er spricht. Er stammt selbst aus jenen Kreisen, aus denen die offiziellen Wahlmacher hervorgehen, und wenn er nicht ein selbstständiger Charakter wäre, so würde er jetzt vielleicht selber einer der für „gute Wahlen“ verantwortlichen Landräthe sein. Jahre hindurch Redakteur an dem Stöcker'schen „Volk“, hatte er fortwährend Gelegenheit, Einblicke in Dinge hinter den Kulissen zu thun, deren Kenntnis den Meisten verschlossen ist. Seine Mittheilungen sind mithin als die eines Sachverständigen aufzunehmen.

H. v. Gerlach weist in dem erwähnten Aufsatz zunächst auf die Thatfache hin, daß die Regierung der Konservativen vornehmlich durch die Bezirksvereinstheilung einen Vor sprung gesichert hat. Daß die ländlichen Bezirke wegen der eigenartigen Abgrenzung der Wahlkreise einen viel zu großen, die städtischen und Industriebezirke dagegen einen viel zu geringen Einfluß haben, ist eine so bekannte Thatfache, daß wir dabei nicht zu verweilen brauchen. Ebenso ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Wahlbezirksgeometrie, die besonders bei den Landtagswahlen eine Rolle spielt, durch jene Abgeordnetenshaus-Sitzung des Jahres 1888 gelenkt worden, welche zur Entlassung des Ministers v. Puttkamer den ersten Anlaß gab. Zu diesen dauernden Grundlagen für die Regierungswahlmache kommen die Wahlregeln bei den einzelnen Wahlen. Im Ministerium des Innern giebt es einen besondern Departement für die Wahlen. Diese Stellung hat, wie nebenbei bemerkt sei, seit einer Reihe von Jahren Geheimrath v. Philipsborn inne. Dieser Departement hat nach den allgemeinen Weisungen des Ministeriums mit den Behörden, insbesondere mit den Landräthen zu verhandeln, die seine Hauptwerkzeuge sind.

Ueber diese Beamtenkategorie schreibt Herr v. Gerlach: „Die Alles überschattende Stellung, die der Landrath im Organismus des preussischen Staates einnimmt, kann sich in Nichtpreußen kaum vorstellen. Er ist ein kleiner König in seinem Kreise, gesellschaftlich und politisch unbeschränkt der Erste. Die Regierung legt auf seinen politischen Einfluß mindestens ebensoviel Gewicht wie auf seine Verwaltungsthätigkeit. Ein Landrath, der den jeweiligen Regierungskandidaten nicht etwa bekämpft, o nein, sondern nur durch Stimmenthaltung schädigt, fliegt rettungslos, wie manches Beispiel lehrt. Es ist seine Pflicht, seinen gesammten amtlichen und außeramtlichen Einfluß zur Durchbringung des Regierungskandidaten einzusetzen, ohne dabei nach außen von seiner amtlichen Eigenschaft Gebrauch zu machen, denn das gilt nach der Praxis des heutigen antikonserverativen Reichstags als unstatthafte Wahlbeeinflussung und führt zur Ungiltigkeit der Wahl. Der Landrath kann oder soll also den konservativen oder nationalliberalen Wahlauftrag — nur diese beiden Parteien kommen nämlich als Regierungsparteien in Betracht — unterschreiben, aber bei Weitem nicht als Landrath, sondern als Privatmann. Als „Privatmann“ fährt er mit seinem Gespann, für das ihm der Staat Pferdewechsel zahlt, mit

dem Kandidaten im Kreise herum. Als „Privatmann“ präsidiert und spricht er in den Versammlungen. Als „Privatmann“ schreibt er an sämtliche Gemeindevorsteher und theilt ihnen mit, welchen Kandidaten ein Patriot allein wählen könne. Als Landrath läßt er zwar die Bauern eines Ortes oder die Amtsvorsteher seines Kreises zusammenkommen, um mit ihnen irgend eine amtliche Sache zu besprechen. Raum ist aber diese meist sehr kurze Erörterung zu Ende, so heißt es: „Nun, da wir doch einmal Alle zusammen sind, wollen wir auch noch ein wenig zusammen plaudern. Ich bin nicht mehr Landrath, Sie sind nicht mehr Amtsvorsteher, sondern ich bin Wähler und Sie sind Wähler. Nun, wie steht's in Ihrem Bezirk?“ Und nun werden die Wahlaussichten besprochen, der Regierungskandidat in das rechte Licht gesetzt, die Gegner verglichen, und die biedern Bauern wie die streberhaften Amtsvorsteher entfernen sich gleichmäßig erleuchtet aus dieser „privaten“ Besprechung. „Wenn wir die Bahn kriegen wollen, wenn wir eine Haltestelle haben wollen, wenn die Gasröhre gebaut werden soll, wenn wir für unseren Kirchenbau einen Zuschuß kriegen sollen, wenn der Kreis die Unterhaltungskosten der Brücke übernehmen soll, wenn u. s. w. u. s. w. u. s. w., dann muß der Herr X. die meisten Stimmen bei uns bekommen.“ Das Alles hat der Herr Landrath natürlich nicht gesagt. Er wird sich wohl hüten. Aber sie haben es doch herausgehört. Auch die Bauern sind bei gewissen Dingen ganz feinfühlig. Und dann wissen sie ja auch aus Erfahrung, daß der und der Ort die Garnison verloren oder die Eisenbahn nicht bekommen hat, weil er andauernd liberal gewählt hat. Also: durch Schaden wird man klug, das Hemd ist Einem näher als der Rock, wird der Kandidat des Herrn Landraths gewählt, auch wenn er den Leuten noch so wenig gefällt. Denn die Haltestelle beim Dorf ist ihnen wichtiger als die schönste Reide im Reichstag.

Noch mancherlei andere Mittel hat der Landrath zur Beeinflussung in der Hand. Die Gastwirthe, die ihre Lokale für die Versammlungen oppositioneller Kandidaten hergeben, wissen wohl, was ihnen Alles droht; Militärhonorkort, Verkürzung der Polizeikunde, Verweigerung der Taxerlaubnis, Entziehung von Vereinsfestlichkeiten, Verweigerung der Schankkonzession an den Sohn, polizeiliche Beanstandung der Räumlichkeiten, übermäßig scharfe Kontrolle durch die Gendarmen und dergleichen. Alle dem gehen sie aus dem Wege, wenn sie nur die Kandidaten von Landräthen Gnaden reden lassen. Und da denkt denn auch mancher Wirth mehr an sein Leibliches Wohl als an seine politische Ueberzeugung.

Die wichtigste Waffe in der Hand der Landräthe aber bleiben doch die Kreisblätter, heißt es dann weiter in den Ausführungen der „Zeit“, die für Millionen der einzige journalistische Lesestoff seien, der in ihre Hände kommt. Nachdem von Gerlach noch den Druck geschildert, der auf große Gruppen von Beamten durch Vorgefekte ausgeübt wird — wir erwähnen nur das Riesenheer der Eisenbahn- und Postbeamten — giebt er folgendes anschauliche Bild von der Be arbeitung der Lehrer zu Gunsten der Regierungskandidaten: „Die Lehrer werden von den Kreis Schulinspektoren oder gar von den Schulräthen bei der Regierung je nachdem nach dem Zuckerbrot- oder Peitschenrezept für die Regierungskandidaten

überzeugt“. Da die Lehrer nun aber meist gar nicht regierungsfremde Konservative, sondern sehr widerwärtige unterschiedene Liberale sind, so wirkt diese „Ueberzeugung“ meist nur bei den öffentlichen Landtagswahlen, versagt dagegen vollständig bei den geheimen Reichstagswahlen. Da hatte der Regierungspräsident Steinmann in Gumbinnen, der klassische Wahlmacher Preußens, einen seinen Ausweg gefunden. Er stellte den Lehrern Alterszulagen, Beförderung in bessere Stellen und Ähnliches in Aussicht, wenn sie — nicht etwa selbst konservativ stimmten? Was kam es auf eine Stimme an, deren Ursprung man nicht einmal kontrolliren konnte? Nein nur dann sollten sie: alle möglichen Vergünstigungen erhalten, wenn in ihrem Dorf ein bestimmter hoher Prozentatz konservativer Stimmen abgegeben würde! Nun hatten die Konservativen auf einmal eine ganze Menge „freiwilliger“ Wahlagenten, „Kortesch“ würde man in Ungarn sagen. Denn daß sehr viele Lehrer, um ihre erbärmliche Stellung zu verbessern, unter dem kindischen Trich hindurchstochen, ist Thatsache. Wer es nicht thut, der konnte sein Leben lang auf der schlechtesten Stelle ohne Zulagen vorjauern. Herr Steinmann hatte nämlich ein riesiges Personal-gedächtniß. Er setzte oft die anderen Regierungsmitglieder dadurch in Staunen, daß er die politische Buthätigkeit jedes Lehrers in seinem ausgedehnten Bezirk (halb Opreußen!) kannte.

Der Aufsatz spricht auch noch von der Waffe der Kriegervereine, die ja in den letzten Monaten genug Stoff zu politischen Veräufungen geliefert haben, und sagt: „Da sie in ganz Deutschland fast drei Millionen Mitglieder haben, so kann man sich berechnen, auf einen wie gewaltigen Prozentatz von Wählern die Regierung einen direkten Einfluß ausüben kann. Denn der Ausschluß aus dem Verein, den die Regierung als Drohung immer zur Hand hat, hat für den Betroffenen in seinem bürgerlichen Leben vielfach so unangenehme Folgen, daß er sich lieber fügt.“

In besonderen Fällen greift die Regierung mit Flugblättern und anderem Material direkt ein. Für diese Zwecke wurde früher der Waisenfonds benutzt. Jetzt werden die Dispositionsfonds durch Sammlungen für „patriotische Zwecke“ bei Banken u. ergänzt. Endlich wird noch daran erinnert, daß auch oder vielmehr namentlich zu Wahlzeiten die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Pressegesetzes, der Sonntagsruhebestimmungen, des Paragraphen über den groben Unfug, der Vorschriften über Verhaftung und Beschlagnahme u. nach dem Grundsatz erfolgt, daß, wenn zwei — Opposition und Regierungspartei — dasselbe thun, es nicht dasselbe ist.

Die hohe Zollbelastung der Nahrungs- und Genussmittel

zeigt die „Frankfurter Zeitung“ an der Hand des bestehenden Zolleriffs. Unser Tarif ist nicht auf Werth, sondern auf spezifische Zölle basirt, er kennt nur feste Säße. Je nachdem die Waarenpreise fallen oder steigen, verschiebt sich der prozentuale Anteil des Zolles am Preis der Waare. Bei einem Waarenpreis von 150 Mk. ist der Zoll ein anderer als bei 100 Mk. Wie die Preisveränderungen auf den Zoll wirken,

Die Flasche Wasser.

Nach dem Französischen des Xanxos.

Wie häufig ist unser Lebensziel ein ganz anderes, als der anfänglich eingeschlagene Weg anzuzeigen schien, ganz zu schweigen von Deuten, die studiren, um Notare zu werden, und im Zuchthaus enden!

Su hatte Taitalulle in seinem ersten Jahre Jus — als ein gewissenhafter Jüngling hatte er sechs Jahre seine Studien betrieben — sich den Ruf eines tüchtigen Trinkers erworben, worauf er stolz war, und der ihm jedenfalls eine glänzende Zukunft zu eröffnen schien. Nichtsdestoweniger hatte er eine andere Karriere eingeschlagen und war bei der Polizei eingetreten, wo der ehemalige Bacchusjünger Ordnungstrafen wegen nächtlicher Ruhestörung verhängte. Allerdings muß anerkannt werden, daß er für Betrunkene ein gewisse Sympathie bewahrt hatte und niemals ohne eine Art von Verweh das Gesetz wider die Trunkenheit in Anwendung brachte.

Als ich seine Bekanntheit machte, war er gerade Leiter eines Polizeikommissariats geworden und hatte unter seinen Pflegebefohlenen einen braven Auvergnaten, der regelmäßig jeden Sonntag schandbar besoffen aufgefunden wurde. Sonst ein ruhiger, sanfter Mensch, wurde er, sowie er nur ein Glas — oder einen Liter — Wein zu viel getrunken hatte, ein Freund lärmender Gesanges. Das erste Mal ließ Taitalulle ihn mit einer Rüge laufen, nachdem er von ihm das Versprechen erhalten hatte, sich nicht mehr zu betrinken oder wenigstens nicht so stark, um arretirt zu werden. Charfouillat — dies der Name des Auvergnaten — schwur, was man wollte, und gelobte Taitalulle ewige Dankbarkeit für seinen Edelmuth. Aber am nächsten Sonntag brachte man ihn wieder, benebelt wie der Herbschimel; nur behauptete er, diesmal die ganze Zeit auf die Gesundheit des Herrn Polizeikommissärs betrunken zu haben. Taitalulle war verlegen; es ist doch hart, einem Menschen, der sich auf seine Gesundheit betrunken hat, in den Arrest zu schicken, einen ungesunden Ort, wo es nur Wasser zu trinken giebt; aber andererseits, der Rückfall verordnete Strafe. Pöblich hatte er einen genialen Einfall:

„Gieber Freund,“ sagte er zu Charfouillat, „Sie sind mir sehr sympathisch, und ich will für Sie ein zweites Mal eine Ausnahme vom Gesetze machen. Ich entlasse Sie wieder.“ — „Ach, Herr Kommissär, wenn ich es wagte, ich würde Sie umarmen.“ — „Unter einer Bedingung.“ — „Was Sie wollen, Herr Kommissär.“ — „Wachmann, bringen Sie eine Flasche Wasser und ein Glas!“

Der Wachmann, ganz verblüfft, brachte das Befragte, während Charfouillat sich einigermaßen beruhigt fühlte. „Nicht wahr“, sagte Taitalulle, „wenn Sie, als Sie auf meine Gesundheit tranken, Wasser in Ihren Wein gegeben hätten, wären Sie jetzt nicht hier?“

„Aber, Wasser in den Wein geben, das ist doch nicht möglich!“ — „Nun gut, wollen Sie von hier wegkommen, so müssen Sie auf meine Gesundheit trinken.“ — „Mit Vergnügen!“ — „Warten Sie nur, den Inhalt dieser Flasche müssen Sie trinken!“ Charfouillat starrte Taitalulle mit unbeschreiblicher Verwunderung an. — „Herr Kommissär befehlen?“ — „Sie müssen diese Flasche austrinken.“ — „Aber, Herr Kommissär, es ist ja Wasser drin!“ — „Gewiß.“ — „Sie wollen mich Wasser trinken lassen — o, Herr Kommissär!“ Und der Frankensbold blickte bestrast, beleidigt Taitalulle vorwurfsvollen Auges an; plötzlich sagte er kurz: „Ich gehe lieber in den Arrest!“ Taitalulle gab bekümmert ein Zeichen, und der Wachmann führte sein Opfer weg. Als am nächsten Morgen Charfouillat den Arrest verließ, fragte ihn Taitalulle, der sich die ganze Nacht seine Härte vorgeworfen hatte: „Nun, armer Kerl, Sie haben wohl eine schlechte Nacht verbracht!“ — „Danke,“ antwortete der Auvergnat mit Rülte, „nicht allzu schlecht; ich habe nur meine Gieber zerplatzen und kein Auge geschlossen. Es liegt sich hart auf der Britsche. Und dann, mich in Gesellschaft von Dieben zu sehen, der ich ein ehrlicher Mensch bin, das macht mich krank.“

„Ja, hätten Sie die Flasche ausgetrunken!“ Charfouillat ging ohne Antwort weg. Am folgenden Sonntag brachte man ihn wieder auf's Kommissariat. „Sehen Sie,“ sagte ihm der Polizeikommissär, „so wenig hat also die Lektion genügt. Die Unmäßigkeit bringt Sie wieder her.“ — „Nicht die Unmäßigkeit, Herr Kommissär, die Wachleute!“ — „Ich muß Sie wieder in den Arrest schicken.“ — Charfouillat verzog den Mund — „außer Sie leeren die Flasche.“ Charfouillat fragte sich hinterm Ohr. „Also, versuchen Sie es nur!“ — „Aber es macht mich krank.“ — „Keine Spur.“ Und Taitalulle gab dem Kaiser ein großes Glas Wasser, das dieser nicht mit besonderer Freude nahm, betrauerte, beschneufelte und endlich rasch auf einen Zug mit geschlossenen Augen leerte, wie man eine Medizin einnimmt. „Herrgott, ist das aber schlecht,“ schrie er und stellte, das Gesicht verzehrend, das Glas zurück. Er wurde entlassen. Acht Tage später erschien er wieder, so! wie der Mond. „Was,“ rief Taitalulle, „schon wieder?“ — „O, es wird nicht mehr geschehen! Wo ist die Flasche?“ Und nachdem Charfouillat sein Glas mit der geringsten Miene eines Kindes getrunken hatte, das eine Bitte um Verzeihung stammelt, entfernte er sich ganz in Eile. Tadel keine Versuch wurden seltener, und es kam schließlich gar nicht wieder. Der brave Taitalulle riß sich die Hände, glücklich, diesen unverwundlichen Trinker geschnitten zu haben, stol auf seine gute That und seinen glücklichen Einfall. Nach einigen Monaten traf er seinen Schützling auf der Straße, die Nase roth trotz einem Kardinalsbarrett, ziemlich unflühen Schrittes, und fragte ihn: — „Also, Charfouillat, es geht ganz gut; Sie betrinken sich also nicht mehr, was?“ — „O ja, Herr Kommissär. Aber ich gehe in einen anderen Bezirk.“

zeigt die amtliche Statistik. Danach war von 1889 bis 1897 das Verhältnis zwischen Zoll und Einfuhrwerth das folgende:

Jahr	Einfuhrwerth (in Millionen Mark)	Zollbetrag (in Millionen Mark)	Zoll in Prozenten des Einfuhrwerthes
1889	3990	360	9,0
1890	4146	395	9,5
1891	4151	394	9,5
1892	4019	393	9,8
1893	3962	356	9,0
1894	3935	390	9,9
1895	4121	409	9,9
1896	4307	463	10,7
1897	4681	476	10,1

Wie man hieraus erfieht, ist der procentuale Anteil des Zolles am Einfuhrwerthe ständig gewachsen und dieses Wachstum ist auch durch die Zollermäßigungen von 1892/93 nicht hintangehalten worden. Unter den drei großen Gruppen der Einfuhr, Rohstoffe, Fabricate, Nahrungs- und Genussmittel, ist die letztere nicht etwa benachtheiligt, sondern eher bevorzugt, wie folgende Zahlen zeigen:

Warengruppe	Jahr	Einfuhrwerth (in Millionen Mt)	Zoll	Zoll in Prozenten des Einfuhrwerthes
Rohstoffe	1892	1653,4	15,0	0,9
	1897	2100,1	27,4	1,3
Fabricate	1892	856,1	83,7	9,8
	1897	965,9	106,3	11,0
Nahrungs- u. Genussmittel, Bch	1892	1564,0	294,3	19,6
	1897	1614,7	341,2	21,1

Die Agrarprodukte sind danach mit einem Fünftel ihres Werthes belastet, und zwar fast doppelt so hoch wie die Fabricate.

Arbeiter als Grubenkontrolleure.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus dem Ruhrrevier geschrieben: „In nicht ferner Zeit wird die Anstellung von Kontrollleuren aus der Arbeiterklasse erfolgen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Behörden des Längeren erwägen, in welcher Weise diese für den deutschen Bergbau völlig neue Maßregel sich am besten ein- und durchführen läßt. Auch kann die Anstellung der Kontrollleure erst erfolgen, wenn der Landtag die Mittel hierzu bewilligt. Wie ich aber erdre, wird dem Landtag in der nächsten Session ein diesbezüglicher Entwurf vorgehen.“

Werden aber die Kontrollleure dann auch die Reichtumsquellen der organisierten Bergarbeiterschaft sein?

Vom fliegenden Gerichtstaud.

Im Gegenlatz zu dem Scherenschnittverfahren, das anlässlich der Praxisklage des Prophezen Antonis in Wien gegen die National-Zeitung, die Lehre vom „fliegenden Gerichtstaud der Presse“ darzustellen hat, ist dieser von dem Landesricht zu Schneidemühl auf Verwerfung des Privatklägers anerkannt und das dortige Schöffengericht für zuhändig erklärt worden. In der Begründung heißt es:

Der Bedeutende weiß und will, daß durch dieses Mittel der Inhalt seines Blattes seinen Lesern zugänglich gemacht wird. Er muß also auch damit rechnen, daß ein darin enthaltenes bestimmtes Artikel an allen Orten gelesen und bekannt wird, wo sich nur ein Abonnent seines Blattes befindet. Dieses Erwünschene genügt, um seine Verantwortung in dem gedachten bestimmten Sinne zu begründen. Die Ansicht des Berufunges, daß die Verkündung der That an anderen Orten von dem Thäter ausdrücklich gewollt sein müsse, schließt eine Verlesung des Begriffs des freisprechenden Wortes durch zu enge Begrenzung in sich, welche nun endlich auch zugehen, daß die sich aus der erwähnten Rechtsauffassung ergebende Haftung der Gerichte für die mangelhaften Entscheidungen im Falle der Verlesung eine Abänderung der gegenwärtigen Rechtsprechung nicht nöthig macht, so wird eine solche Erwägung auf die Entscheidung ohne Grund zu ja lebigen das geltende Recht zur Anwendung zu bringen. Auch wenn hierin nur noch die Frage zu stehen, ob vorliegend und in analoger Beziehung der Gerichtsstand des § 7 Bundesgesetz Ordnung begründet ist. Dies war zu bejahen. Denn es ist geschickung und auf besser von keiner Seite in Zweifel gezogen, daß um die fragliche Zeit die National-Zeitung in Schneidemühl gehalten wurde, daß insbesondere auch die beiden angeführten wichtigsten Artikel zur Kenntniss dieser Abonnenten und anderer Personen gelangt sind. Das bezieht sich auf den Inhalt zur Entscheidung zugehörig.

Die Rechtsprechung, die das Scherenschnittverfahren den Gerichten als „gegenwärtiger Rechtszustand“ bezeichnet und jenen für abstrakte Begriffe zu halten scheint, beruht bekanntlich nur auf der Entscheidung eines einzelnen Senats des Reichsgerichts vom Jahre 1892. Bis dahin hat man von einem bestimmten Rechtszustand nichts gewußt.

Ueber die Ceyhansen Rede des Kaisers

hat sich der Zusammensetzung Karl Boden durch in einer Wähler-Versammlung in Kreislich anwesend. Er erklärte nach der „Germ.“ unter lebhaftem Beifall: „Es können sich, daß der Kaiser für die engländer hat, eine Geistesverlage werden können, wozu diejenige, der einen anderen aus Streik anzusehen mit Zwangsarbeit befreit werden soll. In meine Herren, bewegen über die unter Statistiken ganz im vorgezeichnet. Was dem einen nicht ist, das ist ganz ein and dem anderen heilig. Wenn man für gewisse Vergehen die Arbeiter mit schweren Strafen belegt, dann müssen auch die anderen Strafen für ähnliche Vergehen mit denselben schweren Strafen belegen. Wenn man sich vor der Konstitution, wenn man vor jeder Dualisten und Reichspräsidenten, die sich immer an den Bürger des Staates vergreifen haben, steht, dann soll man auch den Arbeiter nicht zu hart empfinden, sondern die Staatsmacht in den bestehenden Gesetzen geübte Mittel in der Hand hat, um Anfechtungen gerade zu tragen.“

Das ist sehr lässig von Herrn Boden, aber weitaus wichtiger wäre es für die Arbeiter zu wissen, wann er sich überhaupt gegen die organisierte Justizsysteme ausgesprochen hätte.

Einige politische Nachrichten. Die Novelle zum Preuss. Wahlrechtsgesetz wird der „Frankfurter Zeitung“ zufolge in eine Form übertragen, die die Forderungen der Sozialdemokraten im wesentlichen erfüllt, so die Festsetzung der Stimmen in einer Jury, sowie die Wahl der Richterlichen Urtheiler, welche soll. — In der Reichshöhe geht der Wahlkampf von den Reichstagen in der Angelegenheit des Reichstags der Reichstagsbehörde und der Wahlprüfung der Reichstags-Entscheidungen in der neuen Kammer vor dem Reichstag. — Die Kammer der Reichstagsbehörde soll am 18. November eröffnet werden. — Die Kammer der Reichstagsbehörde soll am 18. November eröffnet werden. — Die Kammer der Reichstagsbehörde soll am 18. November eröffnet werden.

Gouverneur von Kautschau, Herr Rosendahl, haben nach der Nordd. Allg. Ztg. die Grundstücksanwartschaften des Gouvernements keine Einflüsse gehabt. — Zur Ausbeutung der Kohlenbergwerke der deutsch-schinesischen Gesellschaft wird sich der Bergassessor Friedl in Weisburg abladend nach Kiautschau begeben. — Zu der internationalen Konferenz, die demnächst in Rom zur Beschlußfassung über gemeinsame Maßnahmen gegen die Anarchie in Paris tagen soll, hat auch die schwedisch-norwegische ihre Teilnahme zugesagt. — Eine Novelle zum Militärpensionsgesetz soll dem Reichstag nach der „Allg. Volkst.“ vorgelegt werden auf Grund dreijähriger Anregungen aus der Mitte des Reichstages.

Ausland.

Ein tschechisches Panama.

Am Horizonte des österreichischen Parteihimmels scheint ein schweres tschechisches Panama heraufzuziehen. Dem „Berl. Tagebl.“ wird darüber gemeldet:

In letzter Zeit kamen in Böhmen zahlreiche Defraudationen bei tschechischen Vorschußkassen und Sparvereinen vor, welche zumeist die Hauptorgane der tschechischen Parteiorganisationen sind. Das tschechische liberale Blatt „Katelidi Visty“ konstatiert nun, daß die meisten flüchtig gewordenen Defraudanten die Hauptagitatoren für die Jungtschechen bei den Landtags- und Reichstagswahlen waren. Der jungtschechische Abgeordnete für Mähren habe seine Wahl wohl hauptsächlich dem Sparkassenkassierer zu danken, der nun mit 700,000 Gulden Dankschuld durchging. Die jungtschechischen Parteiführer, die den Verwaltungsräten der Vorschußkassen und Sparvereine angehören, getrauen sich nicht, die Defraudanten verfolgen zu lassen, weil sie eine Kompromittierung durch ihre früheren eigenen Briefe an dieselben fürchten und eine Darlegung ihrer Beziehungen zu den Defraudanten scheuen müssen. Die „Katelidi Visty“ nennen dies ein tschechisches Panama. Jeder Tag könnte neue Skandale bringen.

Ueber das Militärkomplott

in Paris werden noch immer Meldungen verbreitet, die sich auf unglücklich plumpe Fälschungen stützen; so liegt folgendes Telegramm vor: Die „Liberte“, welche seit einiger Zeit das Ministerium sehr heftig bekämpft, behauptet, die Gerüchte von dem Komplott seien auf Nachrichten politischer Freunde des Reichs zurückzuführen, welche hierdurch dem Ministerpräsidenten zu sagen glaubten. Ein der Kanzlei eines Ministers zugehöriger Beamter habe in einer Nachbarstadt folgende Depesche an General Jurinien aufgegeben: „Halten Sie sich für Comanden bereit, gez. Sr. General.“ Die Depesche sei vom Hauptquartier kommend angekommen und dem Ministerium des Innern übergeben worden, welches eine große Aufregung verursacht habe. Mehrere Minister hätten eine Untersuchung über den Ursprung der Komplotzgerüchte beantragt, doch hätte sich General Jurinien dem Antrag widersetzt. — Dieser Bericht glaubt denn im Grunde, daß Leute, die eine Revolution gegen die bestehende Regierung machen wollen, sich ihre Instrumente durch den Staatsdeputierten übermitteln werden.

Zur Dreifährige Angelegenheit.

Wie es heißt, hat Abgeordneter Werner bereits einen Theil der Demoskopen erhalten. Die nationalpolitische Presse äußert sich über den betriebsamen Bericht des Kassationshofes heftig und entrüstet. Ueb dem „Reich“ zufolge soll der frühere Kriegsminister Pille den mit der Unterzeichnung gegen Picquart betrauten Brief gegenüber gegeben haben, er habe selbst die Briefe des Generals Corde in Paris, in denen Picquart erklärt wurde, die Corde gegen Fournier fortzusetzen. Auch ein Bekanntes, das zu den Briefen der Generalstabler paßt. Der „Reich“ erklärt nochmals, diesmal in bestimmter Weise, daß die Briefe der Fournier gegen Oberst Picquart fallen gelassen sind.

Zur Sage auf Kreta

wird aus Athen vom 17. Oktober gemeldet: Es ist bestimmt worden, daß die internationalen Dampfer außerhalb Kanen's ein Gesetz befolgen und daß am 16. d. M. mit der Wiederholung der Sätze begonnen werde, falls die Horte die Horte den Anforderungen der Rechte nicht nachkommen. Das französische Staatsministerium und die Gouvernante sind nach Galespa verlegt worden, jenseitige Gerichte in die Befugnisse der Staatsangehörigen haben die Stadt verlassen.

Ausland in Marokko.

In Marokko geht es immer wieder. Nachrichten aus Algier deuten an, daß in Algerien ein Aufstand ausgebrochen ist, auch sind andere Gerüchte von Aufständen in Algier und Tunis zu vernehmen. Die französische Regierung habe die Entlassung großer Kavallerieverbände nach dem Auslande geboten.

Aus Ozean.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Peking erwartet man, daß Kaiser Sun-Yat-Sen am 23. October von Kanton nach Peking reisen wird. Ein Acker von 13 Jahren, der Kaiser erwartet werden soll. — Die „Times“ vom 15. d. M. aus London meldet, daß der Kaiser des Reichs von China, dem ersten Geburtstag Kaiserin Chien-Tschang gegenüber, die Kaiserin-Mutter unterworfene fünf neuen Regenten, die seit nun gegen gerichtsamtliche, staatsgerichtliche Anklagen im Falle der Reichstags-Entscheidungen in der neuen Kammer vor dem Reichstag. — Die Kammer der Reichstagsbehörde soll am 18. November eröffnet werden.

Die preussische Landtagswahl.

Die preussische Landtagswahl wird am 23. October in Preußen stattfinden. Die Wahlberechnung der Stimmen ist in der Mitte der demselben Reichstagswahl eine juristische Entscheidung zu ermitteln. — Das folgende Spandau meldet, daß die erste Kammer der Reichstags-Entscheidungen in der neuen Kammer vor dem Reichstag.

Die zweite Klasse schließt ab mit der Steuersumme von 18,84 Mark. Die Freisinnigen der beiden Richtungen zanken sich schon wieder heftig um einzelne Mandate. Hauptstreitobjekt ist der Wahlkreis 105, den die freisinnige Volkspartei für ihren Kandidaten Kändler, die Wadelftrümpfer für einen auch von den Konservativen unterstützten Sozialrath Lewinski beanspruchen. Auch in einigen Berliner Landtagswahlkreisen tobt innerhalb der freisinnigen Volkspartei der Streit zwischen den um ein Mandat ringenden Parteien. In ersteren Berliner Landtagswahlkreis, der drei Mandate zu vergeben hat, kämpfen nicht wenige wie dreißig Bewerber um die drei Fünfsache-Mark-Lessele. Für das nicht mit seltenen Dätten ausgestattete Reichstagsmandat fand man in der Partei nur unter großen Mühen einen geeigneten Bewerber.

Partei-Angelegenheiten.

Der Mahnruf: „Haltet zusammen!“ richtet Angehörige der fortgesetzten, lebhaften Debatten über die Taktik unser Frankfurter Parteiblatt, die „Vollstimm“, an die Genossen. Nach einer treffenden Skizzirung der gegenwärtigen dätteren politischen Lage und dem wenig erfreulichen Ausblick in die nächste Zukunft heißt es:

„Sollen wir nun in dieser Situation unsere Kräfte und unsere Zeit in der deutschen Sozialdemokratie, die Führerin der internationalen Bewegung, darauf verwenden, gerade jetzt taktische Meinungsverschiedenheiten auszutragen? Wir meinen, in Stuttgart sei dabei schon viel zu viel des Guten gethan worden, und die Behandlung der Gesetzgebungs- und praktischen Agitationsfragen habe es dort verlohnen müssen, daß dem so war. Wohlmeinende Genossen haben deshalb schon in Stuttgart möglichst alle Differenzpunkte zurückgestellt, und in ihrem Namen möchten wir jetzt die entschiedene Aufforderung an alle Parteifreunde ergehen lassen, uns in der Zurückbildung aller Kontroversen vom praktischen Kampfplatz, sowie in der Vereinigung aller Kräfte auf die Festigung und Schulung unserer Cadres, wie sie jetzt nun einmal sind, zu unterstützen.“

Da richtet Genosse Wehring wieder im Anschluß an die „Frankfurter Verhandlungen in der Leipziger Volksz.“ einen Angriff auf den „Vorwärts“: dieser erblicke seine Aufgabe darin, nicht zu führen, 250.000 Genossen von Berlin seien dadurch des gefährlichen Einflusses auf die Partei beraubt. Deste mehr sollten sich die anderen Industriekentzen mit ihrer Presse in proletarischem Sinne gegen die „praktischen Politiker“ a la Socialm. rühren. Da schließlich die Stadttaggen an, daß er den ganzen Parteiverwaltungsapparat ebenfalls gegen den „Vorwärts“ in Bewegung gesetzt habe. Da rüch sich die Genossen Jettin in der „Gleichheit“ fürchtbar an Auere wegen der Scherze, die er über die weiblichen Delegirten machte, und da beginnen Bernstein und Kautsky in unserem Zentralorgan wieder eine große Auseinandersetzung über Bewegung und Endziele. Wo soll das hinaus bei dem Ernst der Lage? Denn von Allem bleibt immer etwas hängen.

Bezüglich der Polemik über unsere theoretischen Auffassungen schließen wir uns ganz der Ansicht des „Vorwärts“ an; die mögen doch in unseren wissenschaftlichen Zeitschriften fortgesponnen werden, aber nicht die Spalten unserer kämpfenden und anfeuernden Tagespresse füllen. Aber noch mehr: begraben wir auch sonst das Kriegsgebet wegen der Gradunterschiede in der revolutionären Auffassung, die wir haben. Gewiß sind sie da, aber noch viel greifbarer und verhängnisvoller in die Thatfache, daß die internationale Reaktion gegenwärtig zu einem Schlage gegen die Arbeiterbewegung aufhört, wie sie ihn noch nicht verjagt hat. Diesem ungeheuren Anhalt gegenüber sind wir alle einig, und das bleibt für jetzt und auf längere Zeit hinaus die Hauptfackel: keine Kraftvertheilung, kein Zerwürfen von einander, keine Diskute, wo es jeden Augenblick heißen kann: energisch handeln. So meinen wir unsere Meinung, so möge sie allerorts im Großen und im Kleinen Unterstützung finden, und so möge auch unsere einzige und oberste Parole für ablesbare Zeit lauten: Haltet fest zusammen, es ist nöthiger, wie jemals!“

Wir sind mit unserem Frankfurter Bruderorgan durchaus einverstanden.

(Ende der Rubrik Politische Ueberblick.)

Ueber den Untergang des Dampfers „Mohegan“

wird der Berliner „Volksz.“ aus London geschrieben: Die Küste von Cornwall hat schon viele Opfer gefordert. Ihre zerfetzten Felsformationen bieten dem armen Schiffbrüchigen keine oder nur sehr wenig Hoffnung auf Rettung, denn selbst zu Zeiten, wo anderwärts die See ruhig und friedlich liegt, geht sie hier hoch, um sich wüthend an den unter- und oberseeischen Spitzen und Baden zu brechen. Der Engländer der Küste weiß das, und die Nachricht von dem Scheitern eines Schiffes auf dieser Küstenstrecke genügt, um ihn zu überzeugen, daß der Verlust an Menschenleben unvermeidlich sei. Alle Rettungsboote von Falmouth sind mit möglicher Geschwindigkeit in Thätigkeit getreten, als der Dampfer „Mohegan“ unterging, und trotzdem ist der Procentfuß der Geretteten ein traurig kleiner.

Wie das Unglück zu erklären ist, das ist heute noch jedem Menschen unklar.

Der Dampfer „Mohegan“ war ein Schiff der „Atlantic Transport Company“ und erst in diesem Jahre vom Stapel gelassen. Der Kapitän war der älteste und erfahrenste Kapitän der Gesellschaft. In den Kreisen der Seelente neigt man zu der Annahme, daß der Dampfer nach Zusammenbruch der Maschinen widerstandslos auf die Felsen getrieben wurde, welche fünf Meilen vor der eigentlichen Küste eine immer drohende Gefahr für die Schifffahrt bilden. Dieser Annahme widerspricht jedoch die Aussage eines Geretteten. Die durchaus einfach gehaltene Erzählung dieses Mannes, eines Amerikaners, möchte ich wegen ihrer ergreifenden Einfachheit hier wiedergeben. George Kaula, so heißt der Angehörige, berichtet: Der „Mohegan“ verließ London am Donnerstag. Er war nach Newyork bestimmt. Alles ging gut bis Freitag Abend 7 Uhr, als die Mehrzahl der Passagiere beim Abendessen saß. Der Dampfer fuhr mit Voll dampf, als plötzlich die Passagiere einen lauten Lärm hörten, als wenn ein Zusammenstoß stattgefunden hätte. Als wir an Deck stürzten, fanden wir, daß der Dampfer auf den Felsen saß. Sofort wurde der Befehl zum Niederlassen der Boote gegeben. Die Mannschaft benahm sich helbenhaft. Der Kapitän stand auf der Brücke und unter den Offizieren und Mannschaften herrschte größte Ordnung. Der Dampfer begann sofort nach vorne zu rufen.

Untenbecken waren zwei Boote heruntergelassen worden und die Frauen wurden zuerst eingeschiffte. Ob diese Boote des Lard erlöset haben, weiß ich nicht.

Das Schiff sank sehr schnell mit Wasser. Ich verfiel mit einer Rettungsinsel und sprang über Bord, zu kommen mit dem ersten Offizier, einem prächtigen Deutschen. Als wir im Wasser waren, gab er mir noch Handreichung, seinen Rod und die Stiefel abzugeben. Kurz darauf wurde mir geholfen.

Als ich das Schiff verließ, hat mich ein kleines Mädchen in herzzerreißender Weise, sie zu retten, weil sie noch nicht sterben möchte. Ich war natürlich vollständig machtlos.

Es gelang mir, eine Planke zu ergreifen, welche in der Nähe des Dampfers schwamm. An diese Planke klammerte ich mich fest und eine halbe Stunde an, bis mich das Boot „Penguin“ von Falmouth aufsuchte. Lange hätte ich es nicht mehr ausgehalten. Ich kann nicht sagen, wie das Unglück geschah. Es war erst die zweite Reise des Schiffes. Der „Mohagan“ sank in zwanzig Minuten.

Die englische Mannschafft hat sich nach der Schilderung dieses überlebenden Passagiers wieder einmal bewährt. Fünfzehn Mann, die ohne Zaudern Andere die Boote besteigen ließen, um selbst dem fast sicheren Tode mit Mannesmut entgegenzugehen, sind von den Feiern, an welche sie sich angeklammert hatten, gerettet worden. Das Schiff hatte eine Mannschafft von etwa achtzig Personen, und zum Glück nicht mehr als 53 Passagiere. Ertrunken sind über 100 Personen. Eine Dame starb, als sie aus dem Boote an Land gebracht wurde.

Nach den neuesten Nachrichten hat keines der Rettungsboote des Dampfers das Land erreicht.

Arbeiterbewegung.

An die Bergleute des Ruhrkohlenbezirks erläßt der Vorstand des Bergarbeiterverbandes einen Aufruf, worin er erklärt, daß er den Aufruf, den ihn die Massenversammlung erteilt haben, nämlich die Forderungen der Bergleute den Generalverwaltungen zu übermitteln, auszuführen und je nach dem Verhalten dieser Instanz die weiteren Schritte einzuleiten werde. Es heißt dann weiter:

Ruhrbergleute! Wie wissen und nun betrachten als den Wohlthäter eures Willens. Indem wir gegen die Forderung zu verteidigen haben, die im vorigen Jahre auch von den Kameraden im Gewerkschaftsbereich zu unserem Vortheil sind. Wie schon am Sonntag bekant kennen wir keine Unterschiede in der Kameradschaft — wir sind alle Arbeitsbrüder — und in diesem Sinne wird gehandelt.

Nun die Würfel gefallen, ist es die heiligste Pflicht der Kameraden, raslos die Reihen der Organisation zu stärken. In Masse hinein in den Verband, dann ist der Erfolg unser!

Unter den Motorwagenführern der elektrischen Straßenbahn Nürnberg-Fürth geht es schon seit längerer Zeit. Vor Kurzem ertönte die Stimme folgende Forderungen auf: Festsetzung des Gehalts, je nach der Dienstzeit, auf monatlich 95 bis 120 Mark, für Ueberstunden je 60 Pf., jeden Monat vier freie Tage. Die Gesellschaft verbieth sich hartnäckig und sängt jetzt an, die müßigen Führer zu kündigen (bis jetzt 84) unter dem Vorgeben, es sei überzähliges Personal vorhanden, gleichzeitig aber wurden eine Anzahl Leute eingestellt, die als Führer angelernt werden. Man will also nur einen „Reinigungsprozeß“ vornehmen. Die Bewegung unter den Führern wird aber dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Die Bewegung der Motorwagenführer in Nürnberg-Fürth kann als vollständig abgeklirt betrachtet werden. Am Sonntag Vormittag fanden mit der Direktion Unterhandlungen statt, die sich erledigten. Um 3 Uhr stellten die Führer den Betrieb ein; nach einer Stunde übernahmen die Kondukteure die Führung der Wagen, so daß der Betrieb im vollen Umfange wieder aufgenommen werden konnte.

Streik in Stolomea (Sizilien) wird der Streik der Felsenarbeiter, der nunmehr 8 Wochen dauert, ununterbrochen fortgesetzt. Die Streikenden haben gegen eine sehr kapitalistische Unternehmensaktion zu kämpfen, so daß anzunehmen ist, der Streik wird erst nach einigen Wochen für die Arbeiter siegreich beendet werden können.

Der Streik der Fächeldrucker in Grammont (Belgien) ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Der Streik der Wiener Buchbinder. Die Situation am Montag ist unverändert. Der Streik bleibt in vollem Umfang bestehen. Gestern Vormittag fand eine Gehilfenversammlung der Buchbinder statt, in der über die Situation berichtet wurde. Die Meister hielten am Sonntag gleichfalls eine Versammlung ab und beschloßen, sich in keine Verhandlungen einzulassen.

Aus aller Welt.

Der ehemalige Oberfaktor der Reichsdruckerei, Gehrenthal, der seit dem 16. März im Untersuchungsgefängnis liegt, machte am Montag Vormittag freiwillig seinem Leben ein Ende, indem er dem Treppenhause sich in die Tiefe hinabstürzte. Er blieb sofort tot. Der Prozeß sollte am 21. Oktober verhandelt werden.

Verhaftet. Der jüngst aus dem Zuchthause in Raabitz entlassene Einbrücher Epel ist gestern in Haid bei Bremen verhaftet worden, als er ein gestohlenes Fahrrad verkaufen wollte.

Ein Gasexplosion ereignete sich am Sonnabend im Festhaus der sächsischen Gaswerke zu Pennekau, bei welcher drei Personen verschüttet und die umliegenden Gebäude beschädigt wurden.

Am einem Neubau in Kaiserlautern stürzte am Sonnabend Abend eine Giebelwand ein. Die herabfallenden Trümmer erschlugen den Maurer Erwin Forst und verletzten einen Arbeiter.

Verstümmelt. Ein behauerischer Unfall, dem leider zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich am Freitag in Pennekau bei Oranienburg zugetragen. Dortselbst löste sich in einer Sandgrube eine frühe Wand los und begrub den Arbeiter Plante, während der Invalide Kömermann, der dem ersten Hilfe bringen wollte, durch einen zweiten Abwurf verschüttet wurde. Beide konnten nur als Leichen unter den Erdmassen hervorgeholt werden.

Der Doppelmord eines Ehepaars hat in Hamburg große Aufregung hervorgerufen. Der Vertreter der Deutschen katholischen Gesellschaft C. Ebenau in Hamburg, ein verheirateter Arbeiter, der eine Wille auf der Uferstraße besitzt, erschoss am Sonnabend Nacht mit einer ebenfalls elegant gekleideten Dame in einem Hotel zu Altona, wo das Paar sich unter falschem Namen in das Fremdenbuch eintrug. Nachdem beide sich verabschiedet hatten, trat er auf ihr Zimmer zurück, wo man sie später tot im Bett lebend fand. Sie hatten sich mit Chokanli vergiftet. Auf dem Nachbisch lagen zwei Briefe mit Angabe der richtigen Namen. Die Dame ist eine Schauspielerin, eine Fräulein Voehr aus Wesel, mit der Ebenau bereits seit drei Monaten ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Ebenau sollte Sonntag früh im Auftrage seiner Gesellschaft mit einem Dampfer nach Hamburg abfahren.

Eruption auf einem Schiffe. Auf dem Segelschiff „Algerien“ fand eine heftige Eruption bei Margate statt, wobei der Mann von der Besatzung getödtet wurde. Das Schiff zerfiel in Schutt und Asche. Der Kapitän der Mannschafft, darunter drei deutsche Seeleute, Dänen, Engländer und Schweden, wurde durch Rettungsboote im Meer und Strand gelandet.

Banknotenfälscher. Am Sonnabend wurde die Budapest Polizei von der Tropfauer Polizei davon verständigt, daß dort ein Individuum Namens Manuete verhaftet worden sei, bei dem man 25 gefälschte englische Pfundnoten gefunden habe und daß ein polnisches Telegramm nach Budapest abgeschickt habe. Als sich nun auf dem Postamt in Budapest ein Mann nach dem Telegramm erkundigte, wurde derselbe verhaftet. Nach längerem Verhör gab er an, er heiße Leopold Schwabe und wohne in der Andrássystraße. In seiner Wohnung fand die Polizei eine junge elegante Dame, welche sich geborene Adina Wetzlerfeld, verehelichte Sokinszky nannte und in der Nähe Oranienburg ein Majorat zu besitzen behauptete. Bei der alldort vorgenommene Durchsuchung des Hauses wurden 200 Pfund Sterling in falschen Noten, mehrere unvollständige falsche Platten und Werkzeuge vorgefunden. Die Polizei stellte ferner fest, daß Manuete Schwabe und dessen Schwager H. J. H. in welcher die auf Posten gebürtige ungarische Jeszine

Jobisch ermittelt wurde, in einem Hause in der Dembinskystraße eine vollkommen eingerichtete Notensabrik hatten. Bei Schwabe wurde ein geladener Revolver, bei der Jobisch ein scharfgeladener Dolch vorgefunden. Beide Personen sagten aus, daß sie längere Zeit in London, Berlin und München gelebt hätten. Unter den bei Schwabe beschlagnahmten Schriftstücken wurden mehrere Artikel gefunden, in denen der Anarchismus verherrlicht wird.

Eisenbahnunglück. Ein aus V. West kommender Personenzug entgleiste Freitag Abend zwischen Trooz und Nessonoux; zwölf Personen wurden verwundet, einige schwer.

Eine Feuerbrunst zerstörte einen großen Theil der Werke von Baume bei Charleroi. 500 Arbeiter sind brotlos. Der Schaden beläuft sich auf 200000 Franken.

Schnee in Russland nunmehr bis Kiew, Zsitlawegrad und Charkow gefallen; die noch nicht eingereichten Feldfrüchte sind durch den Schneefall vielfach verborben.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 18. Oktober 1898.

*** Von der Pferdebahn.** Wie bereits mitgetheilt, hat vor einigen Tagen wiederum eine Konferenz von Vertretern des Magistrats und der Pferdebahngesellschaft stattgefunden und über die Bedingungen verhandelt, unter denen die Stadt geneigt ist, den Vertrag mit der Gesellschaft zu verlängern. Ueber das Ergebniß der Verhandlungen ist von ansehendem wohlinformirter Stelle folgender Bericht in die Oeffentlichkeit gelangt:

Ueber den Verlauf der Konferenz, welche kürzlich Vertreter der Breslauer Straßenbahngesellschaft mit solchen des Magistrats hatten, erfahren wir, daß die Verhandlungen in rein sachlicher und verbindlicher Form geführt worden sind, die stundenlangen Beratungen aber schließlich die Ausschüßten auf eine Verständigung wenig gebrückt haben, da der Magistrat in mehreren besonders wichtigen Punkten auf seinen Forderungen bestand, denen die Gesellschaftsvertreter zugestimmen sich im Interesse ihrer Aktionäre nicht für berechtigt hielten. Der Magistrat fordert u. A. die Kraftübernahme aus seinen Elektrizitätswerken und zwar zu den Selbstkosten unter Zuzurechnung von Abnutzungskosten und einen Betriebsgewinn von 20 pCt.; man hat dieser Forderung gegenüber berechnet, daß sich hiernach die Kosten der Betriebskraft für die Breslauer Gesellschaft etwa 25-30 pCt. höher stellen würden, als dies z. B. in Berlin der Fall ist und daß damit von vornherein die Rentabilität des Straßenbahn-Unternehmens stark Einbuße erleiden müßte. Der Magistrat will aber auch noch die Gesellschaft verpflichten, wiberspruchlos ein anderes System der Stromzuführung, z. B. durch Akkumulatoren einzuführen, sofern dieses durch Verbesserungen oder neue Erfindungen sich nach Ansicht des Magistrats praktisch erweist; hierin läge aber für die Gesellschaft die Gefahr, daß all die großen Aufwendungen für die erste Einrichtung des elektrischen Betriebes umsonst gemacht sind und Maschinen, Drähte u. ihren Auzungswert verlieren und nur den kaum nennenswerten Materialwert behalten. Eine andere Forderung des Magistrats gipfelt darin, daß die Gesellschaft unbedingt verpflichtet sein soll, neue Linien zu bauen und in Betrieb zu nehmen, welche die Stadtverwaltung bestimmt, ohne Rücksicht darauf, ob diese neuen Linien in absehbarer Zeit irgend welche Rentabilität in Aussicht stellen, oder nicht; die Gesellschaft hat allen solchen Anforderungen des Magistrats und überhaupt allen Anordnungen desselben sich widerspruchlos zu fügen. Es soll künftig der volle Betrieb von den frühesten Morgen bis zu den späten Nachmittagen ununterbrochen aufrecht erhalten werden, was für das Publikum wohl erwünscht wäre, die Gesellschaft indessen zwingt, nahezu die doppelte Anzahl des Fahrpersonals einzustellen und so die Betriebskosten gewaltig zu vergrößern; die Gesellschaftsvertreter meinten dagegen, daß doch wohl zu prüfen sei, ob und auf welchen Linien ein voller, ununterbrochener Betrieb bedinglich sei. Ein weiterer noch kritischer Punkt betrifft die Beteiligung der Stadt an dem Betriebsgewinn; dieser Gewinnheil soll künftig 50 Prozent betragen, so daß der Gesellschaft ebenfalls nur 50 Prozent verbleiben, von denen sie jedoch auch noch die Zinsen für etwa ausgegebene Obligationen und andere Schuldzinsen allein zu tragen hätte. Das scheint in der That besonders hart, denn wenn man berücksichtigt, daß die Umwandlung des Betriebes und der Bau neuer Linien mehrere Millionen Kosten erfordert und es durchaus nicht angebracht ist, den ganzen Kostenaufwand durch Ausgabe neuer Aktien aufzubringen, es sich vielmehr empfiehlt, einen Theil durch festverzinsliche Obligationen zu decken, so werden hierdurch der Gesellschaft Lasten aufgebürdet, die ein in besserer Entwicklung begriffenes Unternehmen auf ein Niveau herabdrücken, auf welchem für die Aktionäre nicht viel mehr als die landesüblichen Zinsen herausgewinnlicher werden könnten. Das sind nur einzelne kritische Punkte und die Aktionäre, an welche der Vertragentwurf nunmehr gelangen wird, werden zu prüfen haben, ob es ihren Interessen mehr entspricht, sich an die zu hoch zu fügen, oder aber den Vertrag abzulehnen und bis zum Jahre 1906 die bisherigen stetigenden Dividenden zu beziehen und dann zu liquidieren.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Erfüllung der von der Stadt gestellten Bedingungen die Pferdebahngesellschaft außer Stand setzen würde, von Jahr zu Jahr höhere Dividenden zu zahlen. Ja, es wäre sogar nicht ausgeschlossen, daß zeitweise ein Sinken des Gewinnes eintritt. Da aber die Höhe der Dividende im Vorjahr 15 Prozent betrug, so könnten die Aktionäre eine selbst ganz bedeutende Reduzirung sehr wohl ertragen. Daß sich die Herren dagegen mit Händen und Füßen sträuben, ist ganz natürlich, hoffen sie doch noch immer, daß es in den weiteren Verhandlungen mit der Stadt gelingen wird, günstigere Bedingungen zu erzielen. Der Herr Oberbürgermeister Vender hat in der letzten Stadtverordneten-Sitzung erklärt, daß er der Meinung sei, die Angelegenheit werde doch einen befriedigenden Verlauf nehmen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß diese Hoffnung sich sehr rasch erfüllen würde, wenn in der Angelegenheit Seitens der Stadt ein letztes Wort gesprochen wird. Wenn das nicht bald geschieht, dann muß die Pferdebahngesellschaft zu dem Glauben gelangen, daß die Stadt sich fürchtet, das Unternehmen in eigene Regie zu nehmen und daß der Sieg in dem Streite über kurz oder lang der Gesellschaft zufallen muß.

Dringend zu wünschen wäre freilich, daß unsere Stadtverwaltung auf den gestellten Bedingungen verharret; denn wenn man schon die Straßenbahnen nicht in kommunalen Besitz überführen will, dann mag man wenigstens dafür sorgen, daß die dringend nöthigen neuen Linien geschaffen werden und dem Stadtfiskus ein höherer Gewinnanteil als bisher zufällt.

*** Zum „Lehrerüberfluß“ in Oberschlesien** schreibt man der „Schles. Volksztg.“: Nach den statistischen Mittheilungen der beiden Kreis- und Provinzialbehörden Dr. Blasius und Dr. Anstle in Kofel OS. in der Kreislehrerkonferenz am 1. Oktober cr. zählt der Kreis- und Provinzialbezirk Kofel I 102 Klassen und nur 80 Lehrkräfte. Es fehlen mithin noch 22 Lehrer, wenn jede Klasse ihren eigenen Lehrer erhalten sollte. Im Kreis- und Provinzialbezirk Kofel II sind 37 Klassen mit 118 Klassen und 91 Lehrern vorhanden. Auch

hier fehlen ebenfalls 22 Lehrer, mithin im ganzen Kreis Kofel nicht weniger als 44 Lehrkräfte unter 171 Lehrern. Da es wohl in den anderen landwirthschaftlichen ober-schlesischen Kreisen, wie Grottkau, Falkenberg, Neisse, Neustadt, Leobschütz, Ratibor, Oppeln, Rosenberg, Kreuzburg, Lublinitz, Groß-Strehlitz, Rybnik, Pleß und Gleiwitz nicht besser aussieht, so darf man wohl behaupten, daß gegenwärtig in Oberschlesien nicht weniger als 400 Lehrkräfte (nur katholische) fehlen, wenn jede Klasse ihren eigenen Lehrer erhalten sollte. Und da klagt man schon jetzt in Oberschlesien über Lehrerüberfluß, weil manche Lehramtskandidaten im Laufe dieses Sommers längere Zeit auf Anstellung haben warten müssen? Treffend heißt es am Schlusse des Schreibens: Die Königliche Regierung zu Oppeln braucht nur die überflüssigen Klassen mit Lehrern besetzen und der Lehrerüberfluß ist sofort behoben. Ja, es wird sogar ein größerer Lehrermangel aufzuweisen sein.

*** Städtischer Arbeits-Nachweis.** Frequenz in der Woche vom 9. Oktober bis 15. Oktober 1898. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 156. Zu besetzende Stellen: 118. Besetzte Stellen: 92. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 64. Zu besetzende Stellen: 87. Besetzte Stellen: 63.

*** Delegirte des Gewerkschaftskartells!** Die nächste Mitgliederversammlung des Gewerkschaftskartells findet Freitag, den 21. Oktober, Abends 8 Uhr, in Eblich's Lokal statt. Angeichts der wichtigen Tagesordnung darf kein Delegirter in der Versammlung fehlen. (Siehe Inserat.)

Verichtigung. In dem in der gestrigen Nummer enthaltenen Bericht über die Parteiverammlung ist als Prekonfessionsmitglied irrtümlich Genosse Grefel angegeben. Dieser hatte jedoch bereits vor der Abstimmung abgetreten. Als gewählt nachzutragen ist Genosse G. u. s. v. Z. b. e.

*** Verbreitung der Kaiser Wilhelmstraße.** Mit der seiner Zeit vom Magistrat beschlossenen Verbreitung der Kaiser Wilhelmstraße zwischen der Sadowa- und Elbfleiserstraße soll, nach der „Bresl. Zeitung“, in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Verhandlungen zwischen der Stadt und den Hausbesitzern haben bekanntlich bis auf eine Ausnahme zu einem gütlichen Vergleich geführt, und in dem einen Falle setzte die Stadt im Klagewege ihren Willen durch.

*** Brand eines Motorwagens.** Seitern Abend kurz vor 11 Uhr ist auf dem Tauentzienplatz ein Motorwagen der Elektrischen Straßenbahn fast vollständig niedergebrannt. Der Führer des Wagens, der voll besetzt war, will plötzlich einen Knall gehört haben, und in demselben Augenblicke loderten Flammen, ansiehend durch einen Kurzschluß verursacht, empor. Noch hatten die Fahrgäste Zeit, den Wagen zu verlassen, ehe derselbe vollständig von den Flammen ergriffen wurde, die den Himmel weithin sichtbar rötheten. Die Feuerwehr löschte den Brand mit einem Schlauchgange. Der Wagen ist bis auf den eisernen Unterbau niedergebrannt, die Scheiben der Fenster sind geschmolzen.

*** Zirkus Schumann.** Heute findet eine große außerordentliche Vorstellung statt, in welcher die besten Kunstkräfte der Gesellschaft auftreten. Aus dem reichhaltigen Programm erwähnen wir außer den großartigen Original-Schul- und Freiheit-Druffuren vom Direktor Albert Schumann namentlich die phantastisch-romantische Fantomomie „Chevaliers Blanc et Noir“ oder die Erstürmung der Burg Wartenstein mit Ballets, Aufzügen, Gesängen, Pferden und zu Fuß und den schwierigen Casacaberritt zur Burg, aber welche wir bereits berichtet haben.

*** Ein gefährlicher Besuch.** Ueber einen erst jetzt zur Kenntniß der Polizeibehörde gelangten Vorfall wird zur Warnung Folgendes berichtet: Am 19. v. Mts. verließ ein Geschäftsfreisender seine Wohnung auf der Oststraße, um sich zur Bahn zu begeben. Seine Frau begleitete ihn, und in der Wohnung blieb nur seine Schwägerin zurück. Bald darauf lautete es an der Wohnung, und als das Mädchen öffnete sah es sich einem elegant gekleideten jungen Manne in hohem Hute gegenüber, der zu ihm äußerte: „Ach, ich habe wohl die gnädige Frau vor mir.“ Während er dies sagte, wirbelte er dem Mädchen aus einem im Kermel verborgen gehaltenen Fläschchen eine Flüssigkeit ins Gesicht. Das Mädchen hatte noch die Geistesgegenwart, die Thür zuzuschlagen und sank dann, von einer kurzen Ohnmacht befallen, zu Boden. Inzwischen war der Fremde verschwunden.

*** Unglücksfälle.** In einem Schuppen an der Ohlauer Chaussee wurde eine Sortirerin von einem einfallenden Stapel Lumpen verdrückt; sie erlitt dabei einen Bruch des rechten Unterarmes. Die Verunglückte fand in der Krankenhausst. Beihanten Aufnahme. — Ein Kohlenhändler schlug sich mit der Art in die linke Hand. — Ein Maurer erlitt durch Sturz von einer Leiter schwere Verletzungen am Kopf und dem linken Bein. — Ein Arbeiter stürzte von einem Wagen und erlitt klaffende Kopfwunden.

*** Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigeftängnis wurden am 15. und 16. v. M. 27 Personen eingeliefert. — Gesucht wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Spargelstock mit einer Hornkugel, eine Gesenkschere, ein seidenes Tuch, ein Hundeschlüssel und eine Quittungskarte. — Verloren wurden: drei Portemonnaies mit etwa 12, bzw. 3 und 1 Mark, eine Damens-Bagel mit dem Monogramm A. R., eine kleine goldene Damenuhr, ein Holzschuh im Werthe von 4 Mark, eine graue Wiederbede, ein Paket, enthaltend Stickerien zu einer Nähmaschine und eine Fahrrad-Luftpumpe.

Gerichtliches.

Schutz vor Schulkindern. Die Strafkammer in Ralswiek im Kreis verhandelte kürzlich gegen den früheren Schullehrer W. Thormarth wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs. Thormarth war im vorigen Jahre aus seinem Amte entlassen worden, weil er eines Abends eine ausländische Frau, welche sich gegen 11 Uhr Nachts nach Hause begeben wollte, anhält und mit auf die Wache zu führen beabsichtigt unter dem Vorgeben, sie sei eine Dime und habe sich zu so später Nachtstunde nicht mehr auf der Straße herumzutreiben. Gütlichherweise kam noch zu rechter Zeit ein Bekannter der zum Tode erschrockenen Frau zu Hilfe, sonst hätte sie die Nacht bei allerhand Gesindel auf der Wache zubringen müssen. Die Polizeidirektion befehlet Thormarth nach seiner Entlassung als Nachvollziehender. In dieser Eigenschaft trat er im August d. J. mit einem anderen Sicherheitswächter auf dem Rande einen Arbeiter, der etwas angegriffen war und in diesem Zustande kamte und lang. Er wurde zur Wache verwiesen; da er aber nicht gleich Folge leistete, machten die Polizisten Wiene, dem Mann nicht auf das Revierbureau zu nehmen. Der Arbeiter wollte jedoch nicht sofort mitgehen. Da griff Thormarth zu seinem Stöcke (Dolchmesser) und verfuhr dem Bedauernswerthen mehrere Stöße über den Kopf, sodas er bewußlos und blutüberströmt niederfiel. Die Anrede des angeklagten „Schulmannes“, er sei gerecht worden, konnte ihn nicht davon abhalten, daß das Gericht über das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß von drei Monaten weit hinaus ging und auf sechs Monate Gefängnis erkannte unter der Begründung, das Publikum habe Anspruch darauf, vor solchen Leuten in Schutz genommen zu werden.

Wegen Mifshandlung eines Gefangenen auf dem Transport nach dem Polizeigeftängnis hatten sich der Rastorfer Emanuel Boto und der sächsische Nachwächter Paul Neuhäuser aus Bautzen (Oberschlesien) zu verantworten. In der Nacht zum 3. v. M. d. J. hörte der Nachwächter Ramath in der Nähe des Schließzuges großen Lärm. Er begab sich an den Ort, aber es war Niemand mehr da. Der Nachwächter Neuhäuser und der Gefangene Boto wurden zur Polizeidirektion geführt; es wurde über den Verstand der Arbeiter Boto dem Angeklagten: „Den

nicht durch Heuchelei und Trug verkauft werden. Der ganze Groll und Haß gegen die geheime Abstimmung kommt noch in einem anderen Zuge zum Ausdruck, worin es heißt: „Niemand kann in Abrede stellen, daß hinter dem Verlangen nach geheimer Abstimmung ein gut Theil Freigehet, Einzelisten und Betrug sich verbirgt.“ Wenn man sonst überall für die Öffentlichkeit sei, im Gerichtsverfahren, in der Verwaltung, im Heere u. und wenn man es sogar für notwendig halte, geheime, vertrauliche Schriftstücke zu veröffentlichen, so sei die öffentliche Abstimmung erst recht notwendig.

Dreisler und unverkennbar sind die Wirkungen der geheimen Stimmabgabe wohl noch nie in ihr Gegentheil umgekehrt worden. Heuchelei, Freigehet und Trug, das ist es, was durch die öffentliche Stimmabgabe großgezogen wird. Die Arbeiter, wie überhaupt alle von anderen Kreisen abhängigen Wähler müssen unter Umständen gegen ihre Ueberzeugung stimmen. Doch darüber noch lange Worte zu verlieren, erübrigt sich für uns. Mit unserer Genugthuung, die wir über den Aergerniß der Ordnungslosigkeit über die „unsicheren Kandidaten“ der Militärvereine empfinden, wollen wir indes nicht zurückhalten.

„Ein Ausnahmegesetz gegen die Leiter des Umsturzes“

empfiehlt die „Kreuzzeitung“, damit die organisierte Revolution des Stimmzettels daran verhindert werde, die Grundlagen des Gesellschaftsvertrages systematisch zu unterminieren. Die Leiter des Umsturzes seien, „wenn man will, ebenso leicht zu fassen, wie — um einen bekannten Ausdruck zu gebrauchen — die „Kosinen aus dem Buchen herangezogen“ werden können. Gang wird das Uebel damit nicht verschwinden, aber doch sehr erheblich gemildert werden.“ — Die Klassenbewußte Arbeiter-Schaft weiß, wessen sie sich von der „kleinen, aber mächtigen Partei“ zu versehen hat und sie wird auf der Hut sein, wenn die Grundidee der Mark zu „pfeifen“ entzogen.

Zur Fleischnoth.

Die allgemeinen Klagen über die Fleischnoth, deren Ursachen und Umfang wir in eingehender Weise auf Grund der von der „Allgem. Fleisch-Ind.“ veranlaßten Umfrage dargelegt haben, veranlassen nun endlich die Regierung zum Vorgehen. Die Regierungspräsidenten sind vom Landwirtschaftsministerium aufgefordert worden, Erhebungen anzustellen über die bedeutende Steigerung der Fleischpreise, sowie darüber, in welcher Weise die Vermehrung der Bevölkerung in den von der Ueberproduktion besonders betroffenen Orten sich vollzogen hat. Also doch Fleischbeschränkung?

Die Militärforderungen des nächsten Reichstages sollen voranschreiten, was die Schiffsbauten und Schiffsausstattungen anlangt, sich auf 55 Millionen Mark belaufen, d. h. 3 1/2 Millionen mehr, als der letzte Etat forderte.

Die sogenannte Fischthausvorlage bildet nach der „Misch. Allg. Ztg.“ zur Zeit ein den Gegenstand gemeinsamer Beratung zwischen den verschiedenen, bei der Fertigstellung beteiligten Instanzen.

Abgeblüht. Wegen Thoma'schen Profanen hatte auch die „Kallib. Korresp.“ den Bändlerschreibern einige kräftige Worte gesagt. Die Bändler erhoben deshalb Klage gegen den Redakteur der genannten Korrespondenz. Diese Klage ist jetzt hoffentlich zurückgewiesen worden wegen mangels Legitimation der Kläger; nicht der Hund der Landwirtschaft als solcher sei beleidigt, sondern eventuell nur einzelne Mitglieder.

Kleinere politische Nachrichten. Das Eisenminist. v. L. hat am Freitag Nachmittags unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten die Besprechung in ihrem Besondere zu einer

„Ich schlafe ja nicht — ich fresse und denke.“
„Es giebt kein Eisen hier — gehen Sie nach Paris.“
„Johann springt auf und geht, so schnell er kann, um aus der Gasse die erste der Polizeistationen zu kommen.“

„Nach Hause! Wo ist denn mein Haus? Jedes Thier, jeder Vogel hat sein Lager. ... nur ich. ... ich bin verlassen, ich muß den Himmel zum Dach haben. Wo ist ich hier? Nach so vielen Jahren härterer Arbeit, härterer Arbeit hier in Angesichte des nahen den Unruhen — so viel habe ich mit verdient? Warum habe ich mich so geplagt?“

Thronen kamen dem Armen in die Augen, und er ging weiter.

„Ich gehe zurück in das Gefangenhaus ... aber melde mich der Polizei als obdachlos.“ „Woher im Arras? Nein, nein ... ich sterbe!“

Es schlägt die Rathhausuhr. Es ist elf — noch zehn Stunden nur, und es wird gleich Tag. Er geht auf den Ringplatz. Da ist es näher. Die Thronen jähren ihn von dem Thron verjähren. Ein jeder nahende Schritt erzeugt

Geräusch, jeder Fußschritt jähren in dem armen Thronen. Jeder Glorifizier erzeugt seine Thronen; da beginnt ein Schrei, dieser Schrei erzeugt. Er jähren nach einem jährenen Thron. Ja, er hat es schon. Dort in der Kammergasse, wo die Rathskämmer der Armenier steht, ist ein gedachter Durchgang von einer Straße auf die andere. Dort steht er fest

hin! Jähren jähren, der Thron jähren, jähren er, jedem Schritte, der von der Gasse lang die Straße der Nacht zu ihm jähren, mit Thronen, jedem Schritte der Thron auf Thronen jähren.

Am anderen Tage früh Morgens ging ein Fußknecht auf seinen Standplatz. Es war noch dunkel. Im Durchgange auf der Armeniergasse hielt er auf einen Körper. Er blickte sich nieder und hörte ein leises Räuseln. Schnell rück er die Polizei herbei, und diese lud den „betrübten Kandidaten“ auf einen Thron, Thron ihn ins Polizeigefangnis, damit er sich dort beruhigen und dann „nach Pariser“ befragen werde.

Über der Strafgerichtsbarkeit konstituierte eine Commission, die im Thronen Thronen und Kolonnen wurde ins Spital geführt. Nach noch einigen Tagen erlag der Mann seinem Leiden, und man fühlte ihn jähren, und im Thronen jähren er den Thron seiner Arbeit und seiner Sorgen — vorerst mit anderen Opfern der Mühsal des täglichen Lebens.

Rein Kähler.

„Sitzung zusammen.“ — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des ehemaligen Hamburger Richters Dr. Gelpke zum sachsen-Preussischen Richter in Kattowitz. — Die Palästinareise. Die Nacht „Höbengöllern“ ist programmmäßig daselbst begriffen. Die Weiterfahrt erfolgte gegen Abend, die Ankunft in Konstantinopel Dienstag früh 9 Uhr. — Die französische Regierung notificirte der italienischen Regierung artlich ihren Beitritt zur Antinationalistischen Konferenz. — Nach ein neues Kanalprojekt. Wie die „Weiserzeitung“ erfährt beabsichtigt die Regierung die bei Leer in Ostpreußen belegene große, vollständig unvollständige Moorfläche, das sogenannte Ostpreusischer Moor, das etwa 6000 Morgen umfaßt wird, durch einen schiffbaren Kanal zu erschließen, der hart nördlich von Leer in die Ostsee münden soll.

Ausland.

Im Ausgleichsausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses ergriff am Montag Finanzminister Dr. Kail das Wort, um die Vorlage noch einmal zu verteidigen. Es scheint aber, daß sich der Finanzminister der Schwäche seiner Situation sehr wohl bewußt ist, denn er schloß seine verunglückte Rede mit Drohungen, die ganz fürchterlich klangen, im Wesen aber hehl und richtig sind und ihren Zweck verfehlten. Herr Dr. Kail wurde in den Reden der Abgeordneten Steinwender und Verkauf eine treffliche Antwort zu Theil. Die Generaldebatte wurde auch am Montag nicht geschlossen; es ist nicht unmöglich, daß sie noch die ganze Woche währen wird.

Die Obstruktion ist mit Rücksicht auf die Ausgleichsvorlagen von der Opposition im österreichischen Abgeordnetenhause aufgeboten, dafür setzt nun die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause gerade wegen der Ausgleichsvorlagen mit der Obstruktion ein. Die Lage wird dadurch wieder verwickelter denn je.

Die Dreyfus-Angelegenheit. Der Berichterstatter des Reichstages, Hans Herz, hat, wie gemeldet wird, die Durchsicht des Dreyfus Aktes beendet und bereits mit der Redaktion seines Berichtes begonnen. Der Advokat Morhart, der die Vertretung der Familie Dreyfus führt, hat bereits das ganze Dreyfus-Dossier studirt und glaubt, daß die Revision Verhandlung in der ersten Hälfte des November stattfinden wird.

Zur Lage in Kreta. Der Minister des Aeußeren, Demitri Paskia, theilte den Dragomanen der vier Großmächte mit, daß die Forderung alle Bedingungen des Ultimatus annehme. Der Ministerrat wird morgen oder übermorgen die offizielle Antwort der Forderung an die Großmächte feststellen. In den Kreisen der Forderung wird erklärt, daß am Mittwoch mit Entschiedenheit der türkischen Truppen von Kreta werden begonnen werden.

Amerika will unter die Kolonialmächte gehen. Der Krieg hat die Republik Washingtons in den Militarismus, in kühnliche Flottenpläne, also zehrende Plagen der alten Welt, hineingedrängt, und nun kommt auch noch die Kolonialerei. Der Präsident selbst macht sich für die Kolumbiereise. Die Reden Mac Kinleys, der sich gegenwärtig auf einer Reise im Westen befindet, werden immer öfter die Notwendigkeit von Kolonien für den amerikanischen Handel. Man schließt aus diesen Reden ab, daß die Kolonialmächte des größten Theils der Republikaner beschloßen ist. Südamerika ist sehr reich. Auf diese Weise kann es sein Geld lohn werden.

Die preussischen Landtagswahlen.

In Hildesfeld wurden bei der sozialdemokratischen Partei als Kandidaten für die Landtagswahl aufgeführt Reichstagsabgeordneter Hollenbaur, Müllers und Reichswehr-Gewehr-Fabrikant. Bei einer Stichwahl zwischen Hollenbaur und Müllers, die am Sonntag stattfand, gab es 20 Stimmen für Müllers und 18 für Hollenbaur. Reichstagsabgeordneter Müllers ist ein sozialdemokratischer Arbeiter, der am Sonntag 20 Stimmen erhielt. Reichstagsabgeordneter Hollenbaur ist ein sozialdemokratischer Arbeiter, der am Sonntag 18 Stimmen erhielt.

Die nationalliberale Partei hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

Partei-Angelegenheiten.

Zur ersten Sitzung des Reichstages sind es in der Regel zwei der stärksten, mächtigsten und einflussreichsten Verbände der Arbeiterbewegung, die Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiterbewegung ist die stärkste, mächtigste und einflussreichste der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung ist die stärkste, mächtigste und einflussreichste der Arbeiterbewegung.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

als es durch die glänzenden Siege bei der letzten Reichstagswahl gesehen ist.

Die Liebe der Parteigenossen hat dem verstorbenen Freund aus dem Zentralfriedhof von Nürnberg ein Denkmal errichtet, das nächsten Sonntag enthüllt werden wird. Möge es dem heranwachsenden Geschlecht eine Mahnung sein, im Kampfe um die Verwirklichung unserer großen Ziele allzeit furchtlos seine Pflicht zu thun und auszuharren treu und redlich wie er!

Quittung. Im Monat September gingen bei dem Unterezeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Mt. Warthau b. Bunzlau, v. den Genossen durch H. Fr. 10.00. Altenburg 200.00. Augsburg, U. 20.00. Berlin, Beiträge der Wa. freize. 5. Kreis 600.00. 6. Kreis Meckl. 300.00. 6. Kreis Meckl. und Oranienburger Vorstadt 700.00. darunter rothe Hochzeit bei Reimann, Butluserstraße 2.00. „Nach Licht“ durch H. Straub 19.05. 6. Kreis, Rosenfelder Vorstadt und Gesundbrunnen 600.00. darunter Ueberstück einer Sammlung bei S. W. 35 3.60. „Streit bei Knappe, Aderstraße — 80.00. Knapphausen 1.00. arbeitw. Streifenarbeiter Hochstraße 1.00. amerik. Auktion Hochstr. 32a 1.00. 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 700.00. Berlin, Beitr.: Md. gehaltener Beitrag 3.00. Fr. U. A. 50.00. Chamissostraße Burgstraße 5.00. Dampfbillet Swinemünde-Peringsdorf 17.00. 2.00. Christliche Vereinigung v. Wöllner, Bierkonsum 50.00. Tischlerwerkstelle von Neup, Bierprocente 4.50. Zigarrenfabrik R. Schulz Friedrichsbergstraße 21 8.00. S. W. 3.00. Bismarckstraße 10.00. S. u. P. B. 10.00. Werbestiftung Buchdruckerei v. Radin 15.00. Ueberstück vom Vergnügen durch A. Lox 53.05. Roth Buchbinder Gudenstraße 5.00. Vergolder, Wangelstraße 29 45.00. Mehrere vereinigte Kollegen 10.00. Von den vier Mitgliedern der Gewerkschaft der Buchdrucker u. i. B. 20.00. Tischlerei Weiß Baldemarstraße 14 24.00. „Bau Union“ 3.00. Ueberstück d. Weißfeld Fabrik von Bürger 3.20. Wagenheber 5.00. Von Wittig, U. D. 2 Raten 10.55. Tafel 1.00. Christliche Schuhfabr., Kaiserstr. 4.35. Tischlerei von Kamm. I. Frankfurtstr. 16. Saal I 11.70. Kreunde trotz Alledem 9.00. Von den Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Verbandes im „Vorwärts“ 250.00. M. S. 1.50. Dirigent E. P. 5.00. Tischlerei G. Kluge, Fruchtstr. 31/32 29.45. U. A. 6.50. Sanatorium Gütergasse, Ulverstraße 2/3 C/A. Auf einer Proprietarische ges. Wandstraße 2.00. S. W. 1.00. Buch i. 25. 10.00. Barmb. Zull, August, September 30.00. Bern, zur Parteikasse 50.00. Bremen, von Genossen 300.00. Cassel, Parteibeitrag 100.00. Coblenz, von Genossen aus der Kreize 10.00. Cottbus, Bauwirtschaftler von W. 7.50. Dortmund, Md. 10.55. Durlach, Ueberstück vom roten Waldfuß 40.50. (dar. v. S. W. 3.00. — 50.00. Schwewe, D. u. A. Vierteljahresbeitrag 5.00. Freiburg i. B., Ueberstück der Reichstagswahl 25.00. Jallenberg (Oberst) 2.00. Freiburg i. B., v. d. Gen. 20.00. Froburg, v. d. Genossen des 14. sächs. Reichstags-Wahlkreises 40.00. Fort i. U. M. B. Md. 300.00. Fürtch 300.00. Gritz, Waffn. Reich i. U. 100.00. Götting, Md. 621.25. Großhain, v. d. Genossen d. d. Beitr. 80.00. Gießen, S. W. 10.00. Harburg, Wilhelmstr., Md. 600.00. Halle a. S., Md. 796.35. Hanau 550.00. Hagen i. W., Ueberstück der Reichstagswahl 131.45. Heilingsfeld 17.02. Hamburg, durch die Expedition des „S. W.“ quittirt am 4. 9. 61.00. 11. 9. 61.50. 18. 9. 90.85. 27. 9. 43.00. Summa 276.35. Hamein a. W., organisierte Lederarbeiter 3.00. Köln a. Rh., S. W. 80.00. Kaufmann von einem kaufmännischen Instmann, 1.00. Kochsch. Weichthal, Monatsbeihilfe, 3.00. Landaub. Ueberstück der Reichstagswahl im 15. sächs. Reichstagswahlkreis 500.00. Linn, 9. hannov. Wahlkreis Md. 200.00. Leipzig, Stad. u. Land 2000.00. Leinzig 11.60. Mühlheim-Bippertstr., Wahlstr. 20.00. Remei, von Genossen 10.00. München, Waldbühner 5.00. Marburg, ein Einkamer 10.00. Nordhausen, v. d. W. Nacht 300.00. Neustadt (Oberstl.), Statistiker 2.50. Neustütz 6.65. Oranienburg, Posten 11. Rate 10.00. Offenburger-Deuburg, Md. 200.00. Oberstein, S. W. 8.30. Sommerfeld, nicht verbrauchte Reichstags-Ration 11.00. Stettin v. d. Genossen 400.00. Sarnleberg i. Riesengebirge 10.00. San Renuo 1000.00. Simtgar, S. W. 10.00. Saarabien, aus dem Königreich Stamm 10.00. Thüringer freie Säger 100.00. Woltmershausen b. Bremen 100.00.
- Außerdem sind noch als Ueberstück der für den armen schlesischen Weber eingeleiteten Sammlung für den Unterstützungsfonds eingegangen 2148.19 M.

Berlin, den 15. Oktober 1895.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kassendirektor, S. I.
(Ende der Rubrik Parteibeiträge.)

Untergang des Dampfers „Mohegan.“

Ueber die Ursache der Katastrophe geben auch die neuesten Berichte keinen Aufschluss. Es ist auch fraglich, ob sich jemals Licht in die Sache bringen lassen wird, da alle Offiziere ertrunken sind. Zweifellos ist ein schwerer Navigationsfehler begangen worden. Das Schiff war 10-15 Meilen außerhalb des richtigen Kurses. Es traf auf einen heissen Meeres „Riff“, woher es zu den gefährlichsten Manoeuvres-Küsten gebürt. Die Nacht war klar, der Sturm noch außerordentlich stark, der Navigationsfehler erscheint daher unentschuldigbar. Die Auslagen der Ueberlebenden scheinen dem Kapitän Griffiths zu belasten. Dieser soll den ganzen Tag vor dem Unglück einen gebrochenen Eindruck gemacht haben, auch nicht zum Vorrat gekommen sein. Beim Untergang sprang er, mit zwei Rettungsflößen angethan, ins Wasser.

Wie tagelang von anderer Seite berichtet wird galt Kapitän Griffiths für einen der besten amerikanischen Ozeankapitäne. Griffiths machte die Reise zwischen London und Newport mit kurzen Unterbrechungen seit 30 Jahren und hatte dieselbe soeben erst in einem schweren Sturm von Newport nach London zurückgelegt. Die Besatzung seines Schiffes waren dabei hart mitgenommen, so daß viele einer gründlichen Reparatur unterzogen werden mußten. Es giebt deshalb für ausgeschlossen, daß Kapitän Griffiths, der während und vor dem Unglück auf der Kommandobrücke stand, sich im Laufe der Fahrt hätte verirren, zumal die Nacht mondlicht und trotz der schwierigen See völlig klar war. Die einzige Erklärung, die man zur Stunde für den Unfall hat, ist die, daß die eben in London reparierten Maschinen, die allerdings vor der Abfahrt eine 24stündige Prüfung erfolgreich bestand hatten, doch der schweren See nicht gewachsen waren und das Schiff in Folge dessen aus dem Kurse und auf die Küsten getrieben wurde.

Nach den Angaben der „Nationality“ sind von 63 Passagieren, sämtlich erster Klasse, 13 gerettet, und zwar 6 Männer, 1 Kind und 20 Frauen. Von der 96 Köpfe starken Mannschaf wurden 32 gerettet, während 64 als ungelobt angetrieben werden müssen, unter ihren Kapitän Griffiths und sämtliche Offiziere bis auf den Schiffszug. Eigentümlicher Weise retreaten sich von der Rettung alle diejenigen, welche im Augenblicke der Katastrophe unter Deck waren; so alle 5 Feuerleute, die drei Maschinenisten, der 4. und 5. Ingenieur, die 3 Stewards und beide Köche, während von den auf Deck arbeitenden eigentlichen Matrosen nur 6 sich retten konnten.

Arbeiterbewegung.

Zur Zigarrenfabrik von Giesemann und Kallist im Streit um einen Monat der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik eingetreten. Die Anständigen fordern Beibehaltung.

Zur Bergarbeiterbewegung wird dem „Vorwärts“ aus Essen geschrieben: Am Sonntag, den 9. Oktober, leisteten die Ruhrarbeiter eine Leistung. In Bergarbeiter-Sammungen, zu denen sich über 10,000 Bergarbeiter eingefunden hatten, wurde der Vorstand des „alten“ Bergarbeiter-Verbandes einstimmig beauftragt, an die Bergverwaltungen heranzutreten mit einer Forderung auf Beibehaltung von 10 Prozent für alle Arbeiterklassen. Die Unterzeichneten werden mit Antwort schnell zur Hand, sie erklärten in der

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

hat für die bevorstehenden Landtagswahlen im Gauen 116 Kandidaten aufgestellt. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld. Die Partei hat ihren Sitz in der Stadt Hildesfeld.

...Antwort auf einen event. Streik würde lauten, ...derungseinschränkung und Lohnabzug. Diese Antwort seitens ...Gründerkammer ist ja nicht verwunderlich, mehr unangenehm ...wird die Haltung des katholischen Gewervereins. In ..."Bergknappen", dem Organ des Gewervereins, werden die ...aufgefordert, sich an der Lohnbewegung nicht zu beteiligen, ...dies anders nicht ist, als sozialdemokratische Mache. Gerade ...wie bei der Erfolg versprechenden Lohnbewegung im Frühjahr ...1897, so sind auch in dieser die Leiter des Gewervereins der ...einfachheit in den Rücken gefallen. Die Leiter des Gewervereins ...sorgen ganz die Geschäfte der Unternehmer. Sie trennen sich aber, ...sich glauben, die Arbeiter mit diesen Argumenten zu ihren ...aufzuheben.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher in Hannover
bisher in 38 Geschäften zu Gunsten der Ausständigen verlaufen. ...ausständig sind noch 98 Gehilfen, eine größere Anzahl ist aber ...ereift.

Die Metallarbeitergehilfen Münchens sind in eine Bewegung zur Erreichung der neunstündigen Arbeitszeit eingetreten.

Aus aller Welt.

Bei der Explosion eines Dampfkessels, welche Dienstag Vormittag in einer Färberei in Unterbarman stattfand, wurden fünf Personen verletzt, darunter ein Heizer schwer. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

Erdstößen. Sonntag Nacht fand bei Koffiten auf dem russischen Hof bei einem Sturm ein Erdstöß, wobei vier Personen, zwei Männer und zwei Frauen, erdrückt wurden.

Schnee und Winternächte sind jetzt auch aus mehreren Theilen Deutschlands gemeldet. In der Gegend von Uch in der Provinz Posen sind in Folge der plötzlich eingetretenen starken Nachfröste (in der Nacht zum 11. Jan die Temperatur bis - 6 Grad R.) auf großen Strecken die Kartoffeln, Runkelrüben u. eingehoren. In der Nacht auf Sonntag u. während des Sonntags hat es ununterbrochen geschneit. Die ganze Gegend ist in eine Winterlandschaft umgewandelt worden. In Wien wie bis Sonntag Abend ein empfindlicher kalter Wind, welcher schon einige Tage angehalten hat. In der folgenden Nacht ist der Wind nach Süden umgeschlagen und hat den ersten Schnee gebracht. Die meisten Bäume und Sträucher, Heide und Straßen wurden Sonntag Morgen mit einer einige Centimeter hohen Schneeschicht bedeckt. Aus dem bairischen Hochgebirge wird großer Schneeeisgang gemeldet, wie er seit Jahren auf diese Zeit nicht mehr vorgekommen. Nach einem Telegramm aus Koffen am Don hat dort ein heftiger Schneeeisgang nachfolgendes Frost eine Störung des telegraphischen Verkehrs und Telegraphenverkehrs verursacht. Der telegraphische Verkehr mit dem Norden war zeitweilig ganz unterbrochen.

Diebstahl. Auf der Fahrt von Paris nach Antiens wurde der Herrgottin von Sutherland eine Reisetasche mit Schmuckgegenständen im Werte von 700 000 Frs. gestohlen, worunter sich ein Halsband im Werte von 120 000 Frs. befindet.

Ein schwerer Eisenbahnunglück hat sich am Montag Abend in England ereignet. Bei Wramby (Lincolnshire) wurde ein Personenzug dadurch theilweise zertrümmert, daß er mit einer Holzschranne zusammenstieß, welche aus den Güterwagen eines auf dem Nebengleise fahrenden Zuges herausragte. 9 Personen wurden getödtet, 10 verletzt.

Serbische Räuber entführten den wohlhabenden Müller Jovan Gornjatisch aus Metohija in das oberböhmische Gebirge und erpressten ihm 6000 Francs Lösegeld ab. Da die Gattin des Entführten die Summe in drei Tagen nicht beschaffen konnte, theilten die Räuber mit, daß Gornjatisch an einem bezeichneten Baume aufgehängt worden sei. Der Leichnam wurde auch dort gefunden.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 19. Oktober 1898.

Achtung Parteigenossen!

Die Adressen der neuwahlgewählten Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei Breslaus lauten: Julius Krulius, Sollwacht, Neue Graupenstraße 5/6, Rudolf Fabian, Gräblichstraße 86 III., Reinhold Günther, Dirschstraße II I.

In den Landtagswahlen.

Stichwahlen bei Landtagswahlen. Bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner gelsen für die Landtagswahlen andere Bestimmungen in Betreff der Stichwahlen, wie sie sonst und bei den Reichstagswahlen in Geltung sind. Es kommt beim zweiten Wahlgang nicht bloss die beiden Kandidaten, welche im ersten Wahlgang die höchsten Stimmen erhalten haben, zur engeren Wahl, sondern es können alle Kandidaten bei der Stichwahl konkurrieren, die bei der ersten Wahl mehr als eine Stimme erhalten haben. Auf diese Weise ist es beispielsweise möglich, daß eine Partei, welche im ersten Wahlgang die dritt höchste oder viert höchste Zahl der Wahlmänner erlangt hat, bei der Stichwahl obliegt, wenn eine Partei mit einer höheren Stimmenzahl, die für sich selbst nicht Aussicht hat, zur absoluten Mehrheit zu gelangen, auf jene Partei übergeht. Die betreffenden Bestimmungen des § 28 des Wahlreglements vom 18. September 1893 lauten wie folgt:

„Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat. Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise, wie die erste vorgenommen. Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen als den in der Wahl geliebten Kandidaten fällt, ist ungültig. Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt“ u.

Selbstverwaltung und Bauverwaltung. Der Berliner „Volksgaz.“ wird von hier geschrieben: In den Breslauer Polizeiverhältnissen wird in Kurzem eine Aenderung eintreten, welche, in erster Linie praktischen Bedürfnissen entsprechend, doch auch der politischen Bedeutung nicht entbehrt. Es handelt sich um die Uebernahme der bisher staatlichen Bau- und Baupolizei auf die Stadt.

In dem Polizeikostengesetz vom Jahre 1892 wird der Regierung die Vollmacht erteilt, in den preussischen Städten mit königlicher Polizeiverwaltung einzelne Zweige der Volkswirtschaftspolizei den städtischen Verwaltungen zu überlassen. In den städtischen Kreisen Breslaus war man nun schon seit einer Reihe von Jahren mit der Ausübung der Baupolizei durch den Staat wenig zufrieden. Man wünschte vor Allem

eine verstärkte Handhabung der sicherheitspolizeilichen Vorschriften. Da dies aber vermehrte Arbeitskräfte und erhöhte Kosten bedingte und der Staat hierfür nicht eintreten wollte, so kam die Regierung zu dem Entschluß, von der erwähnten Gesetzesbestimmung Gebrauch zu machen und diesen Zweig der Polizeiverwaltung der Stadt abzutreten. Vor der definitiven Regelung der Sache wünschte der Breslauer Magistrat aber noch die Frage beantwortet zu sehen, ob er berechtigt sei, dem Staat die Kosten, welche er durch diese Neuordnung in Zukunft spart, in Anrechnung zu bringen. Nachdem diese Frage jetzt vom Obergerichtsgericht zu Gunsten der Stadt entschieden worden ist, haben sich Magistrat und Regierung dahin geeinigt, daß die Stadt Breslau vom 1. April 1899 ab die Verwaltung der Bau- und Baupolizei (abgesehen von den Staats-, Reichs- und Hofbauten) übernimmt. Die Stadtverordnetenversammlung, welche sich bereits früher im Prinzip für diese Aenderung ausgesprochen, wird die betreffende Vorlage voraussichtlich in ihrer nächsten Sitzung definitiv sanktionieren.

Auf den ersten Blick mag diese Aenderung ziemlich bedeutungslos erscheinen; in einer Zeit aber, in der auch in Baufragen die Politik eine entscheidende Rolle spielt und in der die Klagen über die Ausübung der staatlichen Polizei gar nicht verstummen wollen, ist jede Vermehrung der kommunalen Selbstbefugnisse der großen Städte und jede Verminderung der staatlichen Bevormundung freudig willkommen zu heißen.

In Breslau wird z. B. in Zukunft der Fall schwerlich noch eintreten können, daß die Stadt fünf Monate lang vergebens auf den polizeilichen Baukommissar zur Errichtung eines Friedhofsgitters warten muß, wie man es jetzt in der Reichshauptstadt erlebt.

Er ist nicht schuldig, der Oberst z. D. Otto in Schweidnitz, von dem wir in der Sonnabend-Nummer berichteten, daß er bei der Reichstagswahl Wähler, die nicht im Wahlbezirk selbst wohnen, aus dem Wahllokal gewiesen habe. Wenigstens ist dieser Ansicht des Militärgerichts in Schweidnitz, wie aus folgendem dem hinausgewiesenen Wähler vom Bezirkskommando in Schweidnitz zugestelltem Bescheid hervorgeht. Das Schreiben lautet:

Bezirkskommando Schweidnitz, 14. Oktober 1898.

An u. f. w.

Ihre unterm 1. d. Mts. an die königliche Staatsanwaltschaft Schweidnitz gerichtete Strafanzeige gegen den Oberst z. D. Otto in Schweidnitz ist, weil derselbe der Militärgerichtsbarkeit ununterstellt, hierüber abgegeben und diesseits der königl. 11. Division vorgelegt worden. Derselbe hatte am 13. 10. 1898 verfügt, daß der § 240 R.-St.-G.-B. in vorliegenden Falle keine Anwendung findet, weil Oberst z. D. Otto Sie weder durch Gewalt noch durch Drohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zum Verlassen des Wahllokals zu nöthigen versucht hat.

Die königl. 11. Division hat deshalb ein gerichtliches Einschreiten gegen Oberst z. D. Otto abgelehnt, zumal zu einem solchen auch aus anderen Gründen kein Anlaß vorliegt. Das wird Ihnen auf Befehl der königl. Division hiermit eröffnet.

v. Nichthofen,

Oberlieutenant z. D. und Bezirks-Kommandeur.

Schade, daß die königliche 11. Division die „anderen Gründe“ nicht angeht. Im Uebrigen meinen wir, daß die Kriterien des § 240 R.-St.-G.-B. im vorliegenden Falle vollständig erfüllt sind, wie aus dem Bericht in unserer Sonnabend-Nummer zur Genüge hervorgeht.

Herr Vrefeld kommt nicht. Der Handelsminister hat die projektierte Reise nach Oberschlesien „bis zum nächsten Frühjahr“ verschoben. Diese Nachricht kann nur die Besorgnis nähren, daß die Einführung von Arbeiterinspektionen für die Bergwerke vertagt worden sei, um sie scheitern zu lassen. Und erst dieser Tage hat die „Frankfurter Zeitung“ ganz positiv die Schaffung solcher Inspektionen angekündigt.

Zur Wahl des vom Bunde der vereinigten Arbeiter im Mauergewerbe gestellten Gesellenausschusses. Am 27. September hat eine öffentliche Mauererversammlung stattgefunden, in der unter Anführung von Gründen gegen die Neuwahl eines Gesellenausschusses protestiert wurde. Auf das im Verlaufe der Versammlung vom Gesellen-Ausschuß an die Innung gerichtete Schreiben hat jetzt der Obermeister derselben, Herr Härtel, Antwort erteilt. Von dem Schreiben ist uns eine Abschrift zugegangen, aus der wir entnehmen, daß die Versammlung der Maurer sich im Irrthum befunden hat, wenn sie der Meinung Ausdruck gab, die beabsichtigte Wahl des Gesellenausschusses verstoße gegen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. In dem Schreiben des Herrn Härtel heißt es unter Anderem: „Wenn jetzt von fast sämtlichen Baugesellschaften die Wahl von Mitgliedern zu einem Gesellenausschuß vorgenommen werden soll, so handelt es sich hierbei nicht um den Innungs-ausschuß oder den Handwerkskammerausschuß, sondern um denjenigen, welcher nach den früheren Vereinbarungen zwischen dem Bunde der Arbeiter und deren Gesellen errichtet wurde zur Berathung insbesondere von Fragen der Arbeitsbedingungen und der Löhne. Das Weiterbestehen auch dieses Ausschusses dürfte vornehmlich im Interesse der Gesellen liegen und besonders derjenigen, welche nicht bei Innungsmitgliedern beschäftigt sind. Einmal ist die Zahl derjenigen Arbeitgeber, welche nicht der Innung, sowie deren Gesellen, eine sehr große, dann aber sind die Aufgaben der Gesellenausschüsse bei der Innung und bei der Handwerkskammer völlig andere, als die der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Bund der Arbeitgeber hat daher lediglich im Interesse der von ihm gewünschten friedlichen Verständigung mit seinen Gesellen über die Arbeitsbedingungen einen Gesellenausschuß neben dem Gesetz bestimmten anderen beiden Ausschüssen bestehen und die hierzu erforderlichen Neuwahlen jetzt vorzunehmen lassen wollen.“

Wir nehmen an, daß Sie bei Erkennung der Sachlage selbst das Weiterbestehen des Gesellenausschusses beim Bunde der Arbeitgeber wünschen daher den so wie so gänglich und unüberwindlichen Protest zurückziehen und den Wahlen kein Hindernis in den Weg legen werden.“

Ueber den Brand des Motorwagens am Montag Abend veröffentlicht die Direktion der Elektrischen Straßenbahn nachfolgenden Bericht:

Als am 17. d. Mts., Abends 10 Uhr 25 Min. der Motorwagen Nr. 10 auf seiner Fahrt von Matthiasstraße nach Rothkreuzham den Rauenzienplatz erreichte hatte und mit Vorübergehung „Feld“, sowie mit leicht angelegener Dremse die erste Pferdeablenkung passierte, bemerkte nach dem ersten dabei mitstehenden Stoß der Wagenführer an dem vorderen Perron-Umschalter einen leichten Knall, verbunden mit Jagen. Er brachte daher durch schärferes Angehen der Bremsen den Wagen sofort zum Stillstände. Der Umschalter hatte den Knall ebenfalls gehört und vernahmte richtig, daß die Weisicherung durchgebrannt sei. Er beruhigte deshalb die Insassen des Wagens, welche wegen des entstandenen brennlichen Geräusches und wegen Aufsteigens von ein wenig Qualm am Feuer über dem Räume der Weisicherung sich zum Verlassen des Wagens entschlossen. Als der Wagen leer war, wurden über das Vorstammaß weitere Erhebungen angestellt und leider zuerst die glimmenden

Radelenden am Umschalter auf dem Perron gelodert. Inzwischen hatten die im Innern befindlichen Radelenden vom Weisicherungsteller durch den entstandenen Luftzug angefangen zu brennen und war Niemand um das Löschende derselben bemüht. Die sehr trockene und mit Bad überzogene leichte Falschthe des ersten Stenkers nahar das Feuer auf und übertrug es auf andere Wagenheile. Ein Straßenpassant hatte die Feuerwehr gerufen, welche schnell zur Stelle und um das Löschende des inzwischen in hellen Flammen stehenden Motorwagens bemüht war. Ueber die Ursache des Vorkommnisses lassen sich zwar bestimmte Angaben nicht machen, weil das Feuer und die Weisgarbeiten eine fast vollständige Demolierung des Wagenkastens zur Folge hatten und somit die Recherchen zum Theil unmöglich gemacht wurden. Angenommen ist, daß der wolkenbruchartige Regen dem vorderen Perronumschalter Wasser zuführte und hierdurch ein Kurzschluß verursacht wurde. Der Stoß, welchen der Wagen erhielt, begünstigte das Eindringen des Wassers. Durch den Kurzschluß ist die Weisicherung geschmolzen und das anschließende Radelende in Brand geraten. Selbstverständlich brennt dieses nicht gleich ab, sondern schwelt erst einige Zeit. Ebenso sind die am Perron-Umschalter mündenden Radelenden in Brand geraten. Diese hätte der Schaffner brennen lassen, weil sie nennenswerthe Pertörungen nicht anrichten könnten, und dafür zuerst sich bemühen sollen, den anfänglich unbedeutenden Brand im Weisicherungsräume zu ersticken, was ihm ein Leichtes gewesen wäre. Leider ist dies aber nicht geschehen und die allmählich hinzutretende Luft machte die glimmende Stelle zum hellen Brande an.“

Daraus ist nicht ersichtlich, ob den Schaffner eine Schuld trifft oder ob sein unrichtiges Verhalten nicht vielmehr auf ungenügende Instruktion zurückzuführen ist.

Justus Schumann Die große Ausstattungspantomime „Chevalier blanc et noir“ bietet die großartigste Augenweide, welche bislang im Zirkus dagewesen ist. In Folge dessen verließ sie auch nicht alltäglich ausverkaufte Häuser zu erzielen und konstanten Besuch durchläuft die weiten Räume bei den glänzenden Aufzügen, den Aktchiffen sowie am Schluß der Pantomime. Trotzdem bemüht sich Herr Direktor Schumann, immer mehr Abwechslung zu erzielen. Da im Publikum Zweifel aufgetaucht waren, ob die Montage durchquerende Wassergraben die annähernde Tiefe besitzt, beehrte sich Herr Schumann, den Beweis ad oculos zu erbringen und engagierte die berühmte Schwimmerin und Wasserkünstlerin Miß Beaumont vom Tower-Zirkus in Blackpool. Die Dame ist die einzige, welche den maßhaltigen Sprung in das Bassin ausführt und beim Tauchen volle 1 1/2 Minuten unter Wasser bleibt und aufrecht stehend über den Wasserspiegel zu gehen im Stande ist. Ueber den übrigen Theil des feis abwechslungsreichen hochinteressanten Programms noch etwas zu saen, hieße Eulen nach Athen tragen, da die Leistungen des Direktors Albert Schumann und seiner Künstlerkammer in Breslau zu genügend bekannt sind, um noch besonders erwähnt zu werden.

Zum Einbruch in die Kasse eines in der Nähe von Pöpelwitz vor Anker liegenden Oberkahnes wird uns mitgetheilt, daß dem Eigenthümer, Schiffer Gustav Balt aus Siedelo a. D., von dem Einbrecher die ganze Barschaft in Höhe von 520 Mark geraubt worden ist. Ein der That verdächtiger Schiffer aus Pöpelwitz wurde noch am selben Tage verhaftet, zwei Tage darauf aber wieder entlassen.

Ueberfahren. Am Montag wurde der 4 1/2 Jahre alte Sohn eines Schneiders auf der Messergasse durch ein Landrührwerk überfahren. Der Knabe erlitt eine starke Quetschung der rechten Kehrlende — Als an demselben Tage Vormittags ein Kutscher der städtischen Promenadenverwaltung mit einer jähre Skutt die Gröschelbrücke passierte, wurden die Pferde plötzlich beim Herannahen eines Zuges der Trebnitzer Kleinbahn scheu und rasen davon. Bei einer scharfen Curve wurde der Kutscher vom Wagen herabgeschleudert und von seinem eigenen Wagen überfahren. Der Mann hatte außer Verletzungen am rechten Bein einen Bruch des linken Unterschenkels eritten.

Alarmirung der Feuerwehr. Am 17. d. M., 7 1/2 Uhr Vormittags, gerietchen in einer beschlossenen Wohnung in dem Hause Uferstraße 49 auf unermittelte Weise einige Kleidungsstücke in Brand. Jedoch wurde vor Eintreffen der Feuerwehr durch die Hausbewohner jede weitere Gefahr beseitigt.

Diebstähle. Einer Handelsfrau aus der Provinz wurde ein Korb, gezeichnet A. K., mit Weintrauben, einer Haushälterintraube von der Alibühnenstraße während des Wochenmarktes auf dem Neumarkt ein Vortemonnaie mit 70 Pfennigen, ferner einem Dienstmadchen von der Gartenstraße am Schalter des Postamts am Musikumsplatz aus ihrem Vortemonnaie ein Geldbetrag von 7 Mk. 20 Pf. gestohlen. Der Dieb hatte das Geld dem Vortemonnaie entnommen und dieses alsdann wieder in die Korbtasche des Mädchens gesteckt.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 17. d. M. 42 Personen eingeliefert. • Ge f a n g e n wurden: ein Vortemonnaie mit Inhabit, ein goldener Ring mit einem rothen Stein, eine Brosche mit einem Rubinsteinaler, ein Perloque in Form eines Fahfens, eine blaue Perle, ein Vincenz, ein Damenjoquet, ein Damenrothhut, eine lederne Handtasche, ein schwarzes Mohairtuch und ein Spartaftensbuch über 1100 Gulden und verschiedenen Papieren in ungarischer Sprache. • Ber l o r e n wurden: ein Spartaftensbuch über 250 Mk., ein Vortemonnaie mit 60 Mark, zwei goldene A. D. 6. 3. 98 beym. M. K. und A. M. 5. 10 80 gezeichnete Trauringe, eine goldene Damen-Remontouruhr mit dem Monogramm F. K., ein goldenes Herz mit Diamanten und Perlen, ein Paar Ohrringe mit acht Brillensteinen, ein goldener Siegelring, gezeichnet E. G., und eine Amethystbrosche.

Grubenunglück in Oberschlesien.

Wie aus Jährz gemeldet wird, wurden am Montag auf der Schubgrube vier vor Ort beschäftigte Häuer durch Kohlenstaub erschlagen. Nach schwerer Arbeit war es möglich, einen der Verunglückten zwar lebend, aber schwer verletzt zu bergen; das Schicksal der anderen Bergarbeiter ist noch unentschieden. Nach Auslage der Beamten werden noch 3—5 Tage vergehen, bevor man sich an die Bergung der Leichen denken können, da fortwährende Einfürze von Kohle die Rettungsarbeiten sehr erschweren.

Grünberg, 17. Oktober.

Von einer Kuh getödtet. Einen unterwartet schnellen Tod fand gestern Abend die Hauselgethürmerin Krüger von hier. Sie trieb die Gänse, um ihnen ein wärmers Nachquartier zu bereiten, in den Kuhstall. Die eine Kuh wurde durch den Eintritt der Gänse aufgeregt, sie drehte sich beifüg und bohrte der Frau Krüger ein Horn in den Unterleib. Bald darauf starb die Bedauernswerte.

Sollwacht, 18. Oktober.

Erkochen. Gestern Abend kamen die beiden in einem Hause am Bahnhofsweg wohnenden Beramansfrauen Artzt und Lips auf dem Haukflur mit einander in Streit, wobei die Erstere die Letztere mit einem Brotmesser so in die Brust stieß, daß diese zusammensprang und bald darauf starb. Die Mörderin wurde verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis überführt.

Lagenditz, 18. Oktober.

Verlängerung der Arbeitszeit. Von Montag ab fährte trotz des steten Geschäftsganges die Direktion der Schlessischen Holzindustrie-Gesellschaft vom Rauheweyß u. Schmidt die neunstündige Arbeitszeit ohne jegliche Lohnkürzung ein, was von der Arbeiterkammer freudig begrüßt wurde. Daß die Firma dabei nicht zu Grunde gehen wird, beweist der Umstand, daß sie zur Zeit eine bedeutende Erweiterung der Fabrik vornimmt. Nach Fertigstellung des Neubaus sollen weitere 60 Arbeiter eingestellt werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 19. Oktober. Aus dem Abgeordnetenhaus. Die heutige Sitzung nahm, wie gemeldet wird, einen so sürrealistischen Verlauf, und es gab sich so viele Geistesfreiheit und Gitterung kund, daß man an die Tage der bestigsten Ostrantz-Schlampfe im vorigen Jahre erinnert wurde. Als der Abgeordnete

